Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1950

162 (18.7.1950)

Visual Library

BADISCHES

VOLKSECHO

Volkszeitung für Baden

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Heidelberg, Rohrbacher Straße 13—15, Ruf 3421/25—01; Karlsruhe, Amalienstr. 69, Ruf 4023; Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2596; Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM —,54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 077, Städt. Sparkasse Mannheim Kto.-Nr. 227, Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigen-Preisliste Nr. 3. Anzeigen werden entgegengenommen in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 162 — Dienstag, den 18. Juli 1950 — Preis 15 Pfg.

Bezwingt Bonner Lebensmittelverteuerer durch Proteststreik!

Separat-Regierung sabotiert Mehrheitsbeschluß des Bundestages — Betriebsrätevollversammlung für Mannheim einberufen

Mannheim. (EB) Die führenden Politiker der Unternehmerpartei, die sich wie zum Hohn „Freie Demokraten" nennen, laufen Sturm gegen den Mehrheitsbeschluß des Bundestages, die Subventionierung für Getreide wieder einzuführen, damit der Brotpreis auf alter Höhe bleiben kann. Sie drohen, die Bonner Koalition in Brüche gehen zu lassen, wenn die Bundesregierung sich dem Mehrheitsbeschluß beugen würde.

Ungeachtet dieses Beschlusses erklärt auch Ernährungsminister Niklas, ein „Konsumbrot" zum „alten Preis", bei Erhöhung der Preise aller übrigen Brotsorten, Mehl und Teigwaren einführen zu wollen. Brotpreiserhöhung durch Verschlechterung der Qualität ist das, was er verkündet.

Finanzminister Schäffer aber behauptet einfach, es sei kein Geld zur Subventionierung da. Im selben Moment zweigt er von einem für unvorhergesehene Ausgaben im Etat der Bonner Bundesregierung vorgesehenen Betrag von 7,5 Millionen DM, 6,4 Millionen für die Bonner Bundesbauten ab, die das zehnfache bereits verschlungen haben gegenüber dem was veranschlagt war.

Vizekanzler Blücher, der in Bonn die Geschäfte führt, solange Dr. Adenauer sich in der Schweiz „erholt", hat an den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. Böckler, telegrafiert, daß die Bundesregierung über die Frage der Brotpreise und der Ausgleichsabgabe für Fett Beschluß fassen werde. Wer aber glaubt, daß der Vizekanzler der Separatregierung den Gewerkschaften die Zusicherung gäbe, daß der Brotpreis unangetastet und der Mehrheitsbeschluß des Bundestages durchgeführt werde, irrt sich. In dem Telegramm an Dr. Böckler heißt es, daß dieser Beschluß „nicht nur die wirtschaftlichen Bedingungen der gegenwärtigen Lage berücksichtigen, sondern vor allem die besondere Belastung der Bundesfinanzen durch die gesetzgeberischen Maßnahmen auf sozialem Gebiet in Betracht ziehen wird." Das heißt nichts anderes, als daß die gegenwärtige Lage keine Subventionen zulasse und daß die Bundesfinanzen angeblich deshalb bankerott sind, weil die Sozialausgaben in der Bundesrepublik zu hoch seien.

Die Bonner Regierung verteidigt ihr 900-Millionen-Geschenk der Steuerermäßigung an die Reichen. Deshalb kämpft sie gegen die Subventionierung des Getreide-Imports, deshalb lügt sie über hohe Löhne, die in Westdeutschland bezahlt werden, deshalb sind ihr die Soziallasten zu hoch. Die Protestdemonstration der Kriegsopfer, die wirklichen Einkommensverhältnisse der Masse sprechen eine andere Sprache. Gewinn aus den „gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen" seit der Währungsreform haben in Milliardenhöhe nur jene Kreise gehabt, die es jetzt für so selbstverständlich finden, daß die Lebensmittelpreise in die Höhe tanzen.

Wir haben in unserer Zeitung am ersten Tag nach dem Beschluß des Bundesparlaments gegen die Adenauer-Regierung klar zum Ausdruck gebracht, daß damit die Preiserhöhung für Brot und Lebensmittel noch nicht abgewehrt ist. Was wir anführten, beweist, daß es genau so ist, wie wir vorausgesagt haben. Es liegt an der Arbeiterschaft, an den Gewerkschaften, durch den Einsatz ihrer gewerkschaftlichen Kampfmittel die Adenauer-Regierung zu zwingen, den Mehrheitsbeschluß des Bundestages zu respektieren und durchzuführen. Deshalb nehmt in jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaft Stellung! Entscheidet Euch für den Proteststreik gegen die Millionärs-Regierung in Bonn!

Betriebsrätevollversammlung in Mannheim

Mannheim. Vom Vorstand des DGB, Ortsausschuß Mannheim, erfahren wir, daß am kommenden Donnerstag eine Vollversammlung aller Betriebsräte des Mannheimer Industriegebietes stattfindet. In ihr wird Stellung genommen zu der von der Regierung Adenauer ausgelösten Teuerungswelle.

Auch die Kohle an der Reihe

Düsseldorf. (EB) Die internationale Ruhrbehörde hat beschlossen, den Preis für deutsche Ausfuhrkohle rückwirkend ab 1. Juli dieses Jahres um 20 Prozent herabzusetzen. Die Differenz zwischen Inland- und Ausfuhrpreis sinkt gemäß dieses Beschlusses von 5.46 auf 4.37 DM je Tonne.

Den USA-Imperialisten werden durch dieses Diktat Extraprofite aus der deutschen Wirtschaft zugeschanzt. Der Verlust an unserer Ausfuhrkohle wird durch Erhöhung der Inlandspreise für Kohle ausgeglichen werden, was zu einer Preissteigerung bei allen Verbrauchsgütern führen wird.

Vizekanzler Blücher gab die Erklärung ab, daß er keine Notwendigkeit sehe, die Herabsetzung der Preisspanne durch eine entsprechende Heraufsetzung der Inlandskohlenpreise auszugleichen. Einem Bonner Kanzler- und Ministerwort ist, nach der Brotpreiserhöhung und der Ausgleichsabgabe für Margarine, kein Glaube zu schenken.

Einzelhandel protestiert gegen Bonner Preispolitik

Karlsruhe. (EB) Die Generalversammlung der Lebensmitteleinzelhändler von Württemberg-Baden protestierte am Sonntag schärfstens gegen die Preispolitik der Bundesregierung für Mehl- und Teigwaren. Die Zuckerknappheit in Württemberg-Baden wäre auch ohne Korea gekommen, denn die Kontingentierungspolitik der Regierung in Stuttgart habe zu dem gleichen Resultat führen müssen.

Die Händler wehren sich dagegen, zu Prügelknaben der Bankrottspolitik der Bonner und Stuttgarter Regierung gemacht zu werden. Insbesondere wurde Landwirtschaftsminister Stooß angegriffen und seine Pressemeldungen als „unrichtig und irreführend" bezeichnet.

Die Streikbewegung in Griechenland

Athen. (EB) Das Personal der Dienststellen für den Küstennachrichtenverkehr in Piraeus, Aegina und Chalkidike ist in einen 48stündigen Streik getreten, um eine Lohnerhöhung von 40 Prozent durchzusetzen. 700 Arbeiter und Angestellte einer chemischen Fabrik stellten aus dem gleichen Grund die Arbeiten für zwei Stunden ein. Die Angestellten des Athener Elektrizitätswerkes beschlossen, gemeinsam mit den Angestellten der Verkehrsbetriebe in Kürze zur Durchsetzung ihrer Lohnforderung ebenfalls in den Streik zu treten. Ein Streik der Arbeiter und Angestellten in der Erdölindustrie wurde am Freitag erfolgreich abgeschlossen, nachdem die Unternehmer die Forderungen der Streikenden vollauf erfüllt haben.

Telegramm an Trygve Lie

KP der USA appelliert an die UN

New York. (EB) Die KP der USA hat den Generalsekretär der UN, Trygve Lie, in einem Telegramm um die Garantie ersucht, daß die Organisation der Vereinten Nationen eine Anwendung der Atombombe gegen das koreanische Volk nicht sanktionieren werde. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut: „Auf Grund der aus Washington einlaufenden Berichte ist es erforderlich, daß sie unverzüglich Gewähr dafür bieten, daß die UN eine Anwendung der Atombombe gegen das koreanische Volk nicht billigt und auch in Zukunft nicht billigen wird. Im gegenwärtigen Zeitpunkt besteht die dringende Notwendigkeit, daß Sie außerordentliche Maßnahmen ergreifen. Morgen könnte es schon zu spät sein."

Nach der Aufstellung von Tatsachenmaterial als Zeugnis dafür, heißt es weiter:

„Wir fordern daher von Ihnen, Herr Generalsekretär, die unverzügliche Erklärung, daß sich die Organisation der Vereinten Nationen nicht für Machenschaften ausnützen lassen wird, die auf die Anwendung der Atombombe in Korea hinzielen, sondern im Gegenteil solche Handlung als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit brandmarken wird. Wir ersuchen Sie ferner um die Wiederaufnahme Ihrer Versuche, auf dem Wege eines internationalen Uebereinkommens ein Verbot der Atombombe zu erwirken und fordern Sie auf, sich für die Bemühungen der UN um die Beendigung der Intervention der USA in Korea einzusetzen."

Präsidium des Weltfriedenskongresses tagt

Prag. (EB) Das Präsidium des ständigen Ausschusses des Weltfriedenskongresses hat für den 25. Juli eine Konferenz in Prag einberufen. Auf der Tagesordnung der Konferenz, an der 25 hervorragende Vertreter der Weltfriedensbewegung teilnehmen, stehen die Vorbereitungen des 2. Weltfriedenskongresses, der im Oktober in Warschau stattfinden wird, und die Unterschriftensammlung für den Stockholmer Friedensappell.

USA-Interventionisten verloren Schlacht am Kum-Fluß

Mac Arthurs Hauptquartier spricht wie Hitlers Wehrmachtsbericht von „geordneter Absetzbewegung"

Tokio. (Nach Reuter) Die Schlacht am Kum-Fluß ist für die amerikanischen Interventionisten verlorengegangen. Nach starker Artillerievorbereitung setzte gestern die koreanische Volksarmee aus ihren Brückenköpfen heraus erneut zum Angriff an. Die Offensive ist erfolgreich. Auf ihrem Vormarsch hat die koreanische Volksarmee den Stadtrand von Taidschon erreicht. Der Flugplatz bei Taidschon ist durch die Amerikaner nicht mehr zu benützen. Amerikanische Berichte geben die Niederlage mit den Worten zu: „Die Amerikaner sollen sich auf neue Stellungen zurückziehen, ‚oder' . . . haben sich vom Kum-Fluß in geordneter Bewegung abgesetzt." Aehnlich „geordnet" hat sich Hitler in der Sowjetunion „abgesetzt".

An dem mittleren Frontabschnitt nähert sich die koreanische Volksarmee schnell dem Verkehrsknotenpunkt Kumtschon, der zwischen Taidschon und Taigu liegt, dessen Bedrohung deshalb für die amerikanischen Interventionisten gefährlich ist, weil sie ihn auf ihrem Fluchtweg von der Kum-Front passieren müssen.

Das amerikanische Hauptquartier erwähnt in seinen Verlautbarungen immer häufiger das starke Aufleben der Partisanentätigkeit in seinem rückwärtigen Gebiet. Stereotyp kehrt dabei der Satz wieder: „Zahlreichen nordkoreanischen Partisanen soll es gelungen sein, durch die amerikanischen Linien zu sickern."

Die Partisanen sind die Freiheitskämpfer aus diesen Gebieten selbst und brauchen wahrhaftig nicht erst durch die Linien der Amerikaner „durchzusickern". Die USA-Interventionisten haben in Korea das Volk zum Gegner, was unfreiwillig durch sie selbst mit diesen Nachrichten bestätigt wird.

Sowjetunion protestiert gegen antikommunistische Maßnahmen in Japan

Tokio. Die Sowjetunion hat erneut gegen die Maßnahmen des alliierten Oberbefehlshabers in Japan, General Douglas MacArthur, gegen die japanische Kommunistische Partei protestiert. In einem in scharfen Worten gehaltenen Schreiben an MacArthur beschuldigt das sowjetische Mitglied des Alliierten Kontrollrats für Japan, Oberst Poljaschenko, am Montag die westlichen Alliierten, „die Rechte des japanischen Volkes mit Füßen zu treten."

Oberst Poljaschenko erklärt in seinem Brief, das Vorgehen MacArthurs in Japan zeige, daß dieser „von Demokratie und sogar von der elementarsten Auffassung der Aufgaben bei der Demokratisierung Japans weit entfernt" sei. Poljaschenko fordert erneut die Zusicherung MacArthurs, daß alle Parteien in Japan einschließlich der Kommunisten das Recht der freien Ausübung ihrer politischen Tätigkeit erhalten. Die Repressalien gegen Gewerkschaftsführer und andere japanische Demokraten des öffentlichen Lebens sollten aufhören. (Nach Reuter)

Ja, wenn . . .

Die Pariser Zeitung „Combat" meint, die USA wären in Asien erfolgreicher gewesen, wenn sie dort eine fortschrittlichere Sozialpolitik betrieben hätten. Die Durchführung der Agrarreform in Südkorea hätte für die USA den gleichen militärischen Sicherheitswert gehabt wie zehn Divisionen.

Für eine gesamtdeutsche Friedenswirtschaft

Zum III. Parteitag der SED

Von Fritz Rische, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes

In Berlin, der deutschen Hauptstadt, finden in der Zeit vom 20. bis 24. Juli die Beratungen des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands statt. Die Beschlüsse des Parteitages werden für die Entwicklung einer dem ganzen deutschen Volke dienenden Friedenswirtschaft von größter Bedeutung sein. Die Delegierten werden zu den Erfolgen der Werktätigen beim stürmischen Aufbau der Wirtschaft und der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik Stellung nehmen. Weit im Vordergrund werden jedoch die Beratungen und Beschlüsse des Parteitages zur Entfaltung einer ungehinderten Wirtschaftsentwicklung für ganz Deutschland stehen.

Für die Werktätigen Westdeutschlands, die besonders schwer unter den Folgen der Marshallisierung zu leiden haben, aber auch für die Fabrikanten, Kaufleute und nicht zuletzt für die westdeutschen Bauern liegt eine Beschäftigung mit den Problemen des SED-Parteitages, der ein bedeutsames Ereignis der deutschen Politik ist, im nationalen Interesse. Denn in Berlin werden vor den Millionen Menschen Westdeutschlands, die im Aufbau der DDR bewährten Grundsätze einer gesamtdeutschen Friedenswirtschaft aus eigener Kraft gezeigt. Maßnahmen werden beraten und beschlossen, um die furchtbaren Folgen der Spaltung Deutschlands und der Kolonisierung Westdeutschlands zu überwinden.

Der stellvertretende Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik und Mitglied des Politbüros der SED, Walter Ulbricht, hat erst kürzlich von den bitteren Erfahrungen, die die westdeutschen Kaufleute und Industriellen mit der rücksichtslosen Konkurrenzpolitik der amerikanischen Monopolisten gemacht haben, gesprochen. Ulbricht hat darauf hingewiesen, daß es Sache aller Deutschen ist, sich zu beraten und zu verständigen, um einen ungehinderten innerdeutschen Handel zu entwickeln, da dies eine Frage ist, die nach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens nur uns Deutsche angeht. Unentwegt verfolgt darum die Regierung der DDR und die SED eine Wirtschaftspolitik, die Deutschland als wirtschaftliche Einheit zur Grundlage hat. Bei all ihren Handelsverhandlungen mit den volksdemokratischen Ländern hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stets die Interessen der westdeutschen Wirtschaft, das Wohl und Wehe der westdeutschen Werktätigen mit berücksichtigt.

Es darf in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben, daß sie sich gegenwärtig mit der Ausarbeitung wichtiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen beschäftigt, die auf Initiative der SED zurückgehen. Unter anderem wird sich die Regierung mit der Vorbereitung eines Fünfjahresplanes beschäftigen, der im Entwurf auf dem Parteitag beraten wird und die volle Entfaltung der Volkswirtschaft bringen wird. Dieser Plan setzt auch die Wirtschafts- und Handelsinteressen Westdeutschlands mit in Rechnung.

Im Zuge dieser großzügigen Planung verdient insbesondere der Außenhandel mit den volksdemokratischen Ländern und der Sowjetunion erhöhte Bedeutung. Die westdeutschen Firmen haben fast alle entscheidenden Außenmärkte verloren und werden durch die Kolonisierungspolitik, die Demon-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Im Streiflicht gesehen

Militärausstellung ging in Flammen auf

Aldershot. Eine große Militärausstellung in der bei London gelegenen Garnisonstadt Aldershot ging am Sonntag in Flammen auf. Die Ausstellung sollte am Mittwoch vom britischen Königspaar besucht werden. Das Feuer brach in einem Schulgebäude aus, wo ein Fallschirmjägerregiment seine Ausrüstung untergebracht hatte. Innerhalb weniger Sekunden standen die seidenen Fallschirme in Flammen. Das Feuer dehnte sich schnell aus. Die Rettungsarbeiten wurden durch explodierende Munition behindert. Nach einer Stunde waren die Schule und die ganze Militärausstellung niedergebrannt. Der Schaden beläuft sich über achtzigtausend Pfund. (Nach Reuter.)

Drei Nachbarn verwundet, die Frau und dann sich selbst erschossen

Rennes. Der französische Eisenbahnarbeiter Jean Bourdan griff am Sonntagabend zu seinem Gewehr, verwundete drei Nachbarn, zündete sein Haus an, tötete seine Frau und beging dann Selbstmord. (Nach Reuter.)

Mit Besatzung gesunken

Douarnenez (Bretagne). Vor Kap Finisterre ist am Sonnabendabend der französische Dampfer „Mathieu Bihen" in dichtem Nebel gesunken. Es wird angenommen, daß sämtliche 13 Besatzungsmitglieder ums Leben gekommen sind. Bisher sind von einem Rettungsboot drei Leichen geborgen worden. (Nach Reuter.)

Zerbrochene Eier nach Zehntausenden

Rennerod (Westerwald). Ein mit 140 000 Eiern beladener holländischer Lastwagen stürzte am Sonnabend in einer Straßenkurve bei Rennerod im Westerwald um. Fast die gesamte Ladung ergoß sich als „Rührei" auf die Straße und über das erheblich beschädigte Fahrzeug.

176 500 DM aus dem Panzerschrank gestohlen

München. (dpa.) In einem Münchner Geldinstitut wurden nach Mitteilung des Polizeipräsidiums in der vergangenen Woche aus einem verschlossenen Panzerschrank 176 500 DM gestohlen. Die unbekannten Täter haben den Schrank mit Nachschlüsseln geöffnet. Das Geld war vom Münchner Arbeitsamt in der Bank deponiert. Das bayrische Arbeitsministerium hat für die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 17 000 Mark ausgesetzt.

Ein nicht alltäglicher Diebstahl

Bersenbrück. (dpa) Ein nicht alltäglicher Diebstahl wurde dieser Tage in Westerholte, Kreis Bersenbrück, entdeckt. Als die Einwohner in einem Nachbarort zu einem Schützenfest gegangen waren, ließen Diebe das Wasser des eineinhalb Hektar großen Fischteiches eines Bauern ab und stahlen den etwa 600 Pfund betragenden Karpfenbestand.

Jugend in der ersten Reihe des Friedenskampfes

Vom Landeskongreß junger Friedenskämpfer in Freiburg

Freiburg. (EB) Am vergangenen Sonntag tagte in Freiburg in den Feierling-Gaststätten der Landeskongreß junger Friedenskämpfer. Aus allen Teilen unserer südbadischen Heimat waren über 200 Friedensfreunde erschienen. Neben den zahlreichen Gästen, unter denen sich der bekannte Hochschulprofessor Reinau befand, waren starke Delegationen der Naturfreunde, der Freien Deutschen Jugend, Mitglieder der Pfadfinder, der Jungen Pioniere, der Gewerkschaftsjugend, der Arbeiterwohlfahrt, der evangelischen Jugend, Betriebsarbeiter und Studenten zu ernsthaften Beratungen über die erfolgreiche Organisierung des Friedenskampfes zusammengekommen.

In dem mit Blumen und Friedenstransparenten reich geschmückten Saale saßen die Delegierten dichtgedrängt. Eine Vertreterin des vorbereitenden Ausschusses eröffnete und begrüßte den Kongreß. Nach der Wahl des Präsidiums und einer Redaktions-Kommission sprachen die Vertreter der älteren Generation, die Mitglieder der demokratischen Organisationen und überbrachten dem Kongreß die herzlichsten Grüße, die alle getragen waren von dem Wunsche, den Frieden zu erhalten. Besonders stürmisch begrüßt wurde die Delegation von drei Freunden aus der Deutschen Demokratischen Republik. Die Worte dieser Freunde zeugten von der ehrlichen Bereitschaft der Jugend in der DDR, mit uns gemeinsam den Frieden zu erkämpfen, um der deutschen Jugend eine glückliche Zukunft geben zu können.

„Wir haben die Bomben auf unsere Städte fallen sehen"

Der Vertreter des „Ständigen Komitees junger Friedenskämpfer Westdeutschlands" wies in seinem Referat auf die große Gefahr hin, die dem Frieden droht. Er sagte: „Wir haben den vergangenen Krieg teilweise als Soldaten an der Front oder aber als junge Burschen und Mädel in der Heimat erlebt. Wir haben die Bomben auf unsere Städte fallen sehen, wir haben gehungert und haben schließlich unsere Väter und Brüder und Mütter in den Tod gehen sehen. Der Krieg hat unsere jungen Körper krank gemacht, oder er hat sie zu Krüppeln geschlagen. Neben allem Elend, neben allen Trümmern, an denen wir heute noch tragen, haben wir eines gelernt:

Den Krieg und seine Anstifter zu hassen, so, wie wir den Frieden lieben."

Im weiteren Verlauf der Ansprache zeigte der Referent an Hand von Tatsachen die Kriegsvorbereitungen in der Welt und in unserer eigenen Heimat auf.

Der Appell von Stockholm ist eine starke Waffe

in unserer Hand, rief er den jungen Friedenskämpfern zu. Wer an der Macht der Millionenzahl der Unterschriften noch zweifle, der brauche nur den Schock und die Gegenaktionen der Kriegstreiber zu betrachten. Der Redner stellte fest, daß wir als deutsches Volk und auch als deutsche Jugend im Kampf um den Frieden wieder gut machen können, was wir den anderen Völkern in zwei Weltkriegen beschert haben. „Wir müssen als deutsche Jugend der Welt beweisen, daß wir den Frieden wollen, und mit der Vergangenheit gebrochen haben." In seinen weiteren Ausführungen kam er auf das Manifest des Kongresses junger Friedenskämpfer Westdeutschlands zu sprechen, das davon spricht, daß die deutsche Jugend sich nur ein besseres Leben erbauen kann, wenn sie den Frieden erhält und um ihn kämpft.

Der Höhepunkt dieses Friedenskampfes wird das große Treffen der 100 000 jungen Friedenskämpfer am 30. September und 1. Oktober an Rhein und Ruhr sein.

FJD-Delegation in die Sowjetunion eingeladen

Berlin. (EB) Das Zentralkomitee des leninistisch-kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion hat eine Delegation von Pressemitarbeitern der FDJ zum Studium des Pressewesens und eine Delegation zum Studium der Schulungsarbeit des Komsomols nach der Sowjetunion eingeladen. „Die Einladung dieser Delegation", erklärt der Zentralrat der FDJ, stellt eine große Auszeichnung und Anerkennung der bisherigen Mitarbeit der FDJ dar. Sie gibt der fortschrittlichen deutschen Jugend erneut Gelegenheit, die reichen Erfahrungen des ruhmreichen Komsomols zu studieren und durch ihre Anwendung noch größere Erfolge im Kampf um den Frieden und die demokratische Einheit Deutschlands zu erzielen."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

(Fortsetzung von Seite 1)

tagen und Produktionsverbote von den Weltmärkten zwangsweise ferngehalten. Die Politik der Regierung Grotewohl weist den westdeutschen Werktätigen aus dieser Lage einen Ausweg. Diese Politik besteht in der Oeffnung eines ungehinderten Handels mit einem Wirtschaftsraum, der vom Rhein bis zum Stillen Ozean reicht. Ein besonders wichtiges Ereignis ist in diesem Zusammenhang die Entsendung einer Handelsdelegation der DDR nach China. Dies ist auch der Weg,der den westdeutschen Menschen einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise und der Kolonisierung durch die amerikanischen Monopole bringt. Insbesondere die Werktätigen müssen erkennen, daß die demokratische Wirtschaftsentwicklung in der DDR in engster Zusammenarbeit und Freundschaft mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern erfolgt. Diese Freundschaft ermöglichte den Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik, große Erfolge auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu erzielen. Diese Erfolge finden ihren sichtbaren Ausdruck in der Verwirklichung des Zweijahrplanes der SED bis zum 20. Juli 1950.

Der Zweijahrplan der SED wurde am 21. Juli 1948 von der ehemaligen Deutschen Wirtschaftskommission zur Ausarbeitung der Volkswirtschaftspläne für die Jahre 1949 und 1950 angenommen. Schon an einem Beispiel ist ersichtlich, wie erfolgreich dieser Plan der SED erfüllt wurde: In der Industrie sah der Zweijahrplan der SED eine Produktion für das Jahr 1950 vor, die 35 Prozent über der des Jahres 1947 liegen und damit 81 Prozent der Produktion von 1936 erreichen sollte. Im Jahre 1949 betrug jedoch die Produktionshöhe bereits 86,5 Prozent und in dem Jahr vom 1. April 1949 bis 31. März 1950 89 Prozent der Vorkriegsproduktion. Der Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1950 verlangt eine Produktion der Industrie, die um 3 Prozent über der des Jahres 1936 liegt und damit 27 Prozent über dem Ziel des Zweijahresplanes der SED.

Die Erfüllung des Zweijahresplanes der SED war möglich durch die Unterstützung der Sowjetunion und durch die beispiellose Arbeitsinitiative der Werktätigen, insbesondere der Jugend. Mit sochen Verbündeten konnte sich die SED neue große Aufgaben stellen. Unter anderem wird sich der III. Parteitag mit den Grundlagen eines in Vorbereitung befindlichen Fünfjahresplanes beschäftigen, der das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben in der Deutschen Demokratischen Republik grundlegend umgestalten wird. Ziel des Fünfjahrplanes der SED, der seiner Bedeutung nach ein Plan für Gesamtdeutschland ist, gilt einer Produktionshöhe und einem Lebensstandard, weit über den höchsten Friedensstand hinaus.

Dieser Plan kann verwirklicht werden, weil der Zweijahrplan erfolgreich erfüllt wird und seine Sicherung durch die Abmachungen, die der stellvertretende Ministerpräsident, Walter Ulbricht, mit der Volksrepublik Polen, mit der Tschechoslowakei und mit Ungarn abschloß, gewährleistet ist. Die Werktätigen in Westdeutschland müssen darum erkennen, daß dieser Weg der richtige Weg für ganz Deutschland, für eine gesunde Friedenswirtschaft und somit für die Verteidigung des Friedens ist.

Die Wirtschaftspolitik Westdeutschlands gerät immer mehr unter das Kommando der amerikanischen Monopolherren und dient in erster Linie den Kriegsvorbereitungen. Insbesondere der „Schuman-Plan" soll die westdeutsche Wirtschaft den amerikanischen Monopolen unterstellen, um durch die Schaffung eines Kriegskartells an Stelle einer Friedensindustrie die Rüstungsproduktion zu betreiben. Schon sind die Folgen dieser Wirtschaftspolitik mit den amtlich zugegebenen 1,5 Millionen Arbeitslosen, den Kurzarbeitern, den berufs- und beschäftigungslosen Jugendlichen, der wachsenden Staatsschuld, eine drohende Gefahr für den Frieden. Diese Gefahren werden mehr und mehr erkannt, und viele westdeutsche Menschen suchen einen Ausweg. Dieser Ausweg liegt in der Verwirklichung der demokratischen Friedenswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik in ganz Deutschland. Das Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik ist der Beweis, daß der friedliche, antiimperialistische, demokratische Weg, wie es im Entschließungsentwurf zum III. Parteitag der SED heißt, „der einzig mögliche Weg im Interesse des Volkes ist." Diese Erkenntnis ist ein bedeutsamer Faktor bei der Schaffung der Nationalen Front für Einheit und Unabhängigkeit unseres Volkes im Westen unseres Vaterlandes, im Kampfe des deutschen Volkes für die ungehinderte Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft in einem einheitlichen Deutschland.

Die Woche in Bonn

Der Weg zum Kampf ist frei

Die Frage der Verteuerung des Brotes und der Verteuerung des Brotaufstrichs des kleinen Mannes, der Margarine, war zweifellos die wichtigste, die in den dreitägigen Verhandlungen des Bundestages behandelt wurde. Gewiß waren auch die anderen Themen nicht nebensächlich, nicht wer an den entscheidenden Stellen der Ministerien die Politik der Konzernherren durchführt, noch die Frage, wie Adenauer und Schäffer versuchen, durch die Uebernahme der Besatzungslasten auf den Bundesetat lästige Mitwisser und Kritiker der Vorbereitung für einen neuen Krieg auszuschalten. Beachtung verdient bestimmt die Frage, wie die Jugend vor sittlichen Gefahren bewahrt werden kann, aber sie ist nur zu lösen durch eine entschiedene Bekämpfung der sozialen Not in dem vom Marshallplan beherrschten Trizonesien, der Not, die ihren greifbarsten Ausdruck findet in einer sichtbaren und unsichtbaren Arbeitslosigkeit von rund viereinhalb Millionen Menschen, wie es der Sozialdemokrat, Professor Nölting, bei einer Debatte über diese Frage feststellte.

Aber trotzdem ist in diesen Tagen die Kernfrage die, von welcher Qualität ist das Brot, das die Millionen der Werktätigen, der Renten- und Unterstützungsempfänger essen, soll es teurer werden und sollen die einfachen Menschen eine durch nichts begründete Erhöhung des Margarinepreises hinnehmen. Trotz der wochenlangen Täuschungsversuche ist der Brotpreis inzwischen durchschnittlich um 10 v. H. erhöht worden. Das Rufen nach dem Staatsanwalt durch Mitglieder des Adenauer-Kabinetts ist nur eine Form, die Werktätigen abzulenken. Die Verteuerung der Margarine ist vom Kabinett beschlossen. Die Verhandlungen hinter den Kulissen, Geheimsitzungen im Bundesrat und in Bundestagsausschüssen, ändern an den so geschaffenen Tatsachen gar nichts.

„Auf Befehl der Alliierten"

Um was es bei diesem ganzen Fragenkomplex geht, hat Professor Niklas ganz unverblümt im Bundestagsplenum ausgesprochen. Es geht gar nicht darum, den Bauern durch eine Erhöhung der Getreidepreise zu helfen, auch nicht darum, mit den aus der Fettsteuer aufkommenden Mitteln den Brotpreis wieder niedrig zu halten. Es geht um eine der prinzipiellen Fragen der in Bonn betriebenen Politik. Niklas, der zunächst durch einen trockenen, professoralen Vortrag, über die Geschichte der Subventionen vom Entscheidenden ablenken wollte, berichtete dann erneut, daß die Alliierten an die Protektoratsverwaltung die Aufforderung gerichtet haben, die „offensichtlichen Mängel in der landwirtschaftlichen Preisstruktur zu korrigieren" und die Getreidepreise „unverzüglich zu überprüfen". Niklas gestand weiter ohne inneren Vorbehalt ein, daß die Protektoratsverwaltung „sich verpflichtet gefühlt hat, das nunmehr in die Wege zu leiten".

Unser Genosse Niebergall hat also tausendmal Recht mit seiner Feststellung:

„Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch des Kabinetts, die Verantwortung für diese Politik auf diese oder jene Schicht oder Gruppe der Werktätigen abzuschieben. Die Verantwortung tragen nicht die Bäcker, nicht die Mühlenbesitzer. Die Verantwortung für diese Politik tragen einzig und allein das Bundeskabinett und jene, die auf dem Petersberg seine Politik bestimmen".

Genau so kalt und nüchtern, wie Niklas von der Verpflichtung gegenüber den Hohen Kommissaren sprach, genau so tat es der Vollstrecker ihres Willens auf dem Finanzsektor, Dr. Schäffer. Er, der erst vor wenigen Monaten den Reichen durch eine Steuerermäßigung ein Geschenk von jährlich 900 Mill. DM gemacht hat, erklärt jetzt: zur Aufrechterhaltung des bisherigen Brotpreises hat das Kabinett kein Geld. Der jetzt von mir ausgearbeitete Etat wird dafür keinen Pfennig vorsehen.

Wo sitzen die Regisseure?

Dieser Dr. Schäffer ist genau so Mitglied der CDU/CSU-Fraktion, wie Professor Niklas, der seit Monaten die Fettsteuer fordert, wie Professor Erhard, der begeistert die amerikanische Politik der Liberalisierung als seine ureigenste Politik preist und wie Dr. Adenauer, der die „Grundlinien der Politik seines Kabinetts bestimmt". Was soll also die Erklärung der CDU/CSU-Fraktion, die sie durch den Abgeordneten Kunze abgeben ließ, sie sei gegen jede Brot- und Margarinepreiserhöhung? Er gebe, sagte er, diese Erklärung ab, „damit nicht eine verkehrte Meinung über die Regisseure dieser Maßnahmen entstehen kann". Nun, dafür sind wir auch und haben darum die Regisseure beim Namen genannt.

Was wollen sie? Landwirtschaftsrat Dannemann (FDP) sprach ganz offen aus, daß die Erhöhung der Getreidepreise eine Brotpreiserhöhung nach sich ziehen müsse und daß „eine Brotpreiserhöhung tragbar sei". Aber, sagte er weiter, der Margarinepreis muß mindestens auf die Hälfte des Butterpreises gebracht werden. Das entspricht einem Verhältnis 1:2. Da nach seiner Angabe das augenblickliche Preisverhältnis 0,77:2 ist, verlangt er als erstes eine Margarinepreiserhöhung von 30 v. H. Aber das genügt ihm noch nicht. Denn, wie in der Debatte mitgeteilt wurde, wird zum mindestens der Preis der „billigen" Margarine durch die Erhebung von DM 0,25 „Margarine-Ausgleichsabgabe" um diesen Prozentsatz auf DM 1,10 je Pfund erhöht. Dannemann verlangt darüber hinaus eine Verdoppelung dieser Abgabe. Das würde den Margarinepreis auf mindestens DM 1,35 hinauftreiben. Das ist es, was die Regisseure anstreben und wozu sie noch durch den Scharfmacher Dannemann angefeuert werden.

Sind Subventionen der Weisheit letzter Schluß?

In dieser Situation unternahm die SPD-Fraktion durch die Einbringung des Antrages, die bisherige Subventionspolitik fortzusetzen und die entsprechenden Mittel im Etat bereitzustellen, einen beachtenswerten Vorstoß. Trotz schwerster Bedenken stimmte ihm auch unsere Fraktion zu. Aber sie brachte durch den Genossen Niebergall klar zum Ausdruck, daß sie eine andere, unabhängige Wirtschaftspolitik verlangt. Niebergall führte aus:

„Es ist nicht wahr, daß es keinen anderen Ausweg gibt, als die Margarine-Ausgleichsabgabe. Es ist auch nicht wahr, daß die Subventionen der Weisheit letzter Schluß sind. Unsere eigene landwirtschaftliche Produktion muß gesteigert werden, indem den kleinen und mittleren Landwirten jede Hilfe gegeben wird. Es gilt, den innerdeutschen Handel zu fördern und den Handel mit volksdemokratischen Ländern und der Sowjetunion zu entwickeln. Wir müssen dort kaufen, wo wir nicht an die Dollarklausel und an die hohen Preise gebunden sind und wo wir unsere Produkte absetzen können. Der Handel mit dem Osten, wozu die Deutsche Demokratische Republik durch den Abschluß von Verträgen den Weg geebnet hat, wird auch dem Westen unseres Vaterlandes reiche Aufträge bringen und so die Kaufkraft stärken".

Zu solchen Erkenntnissen hat sich leider die SPD-Fraktion noch nicht durchgerungen. Noch ist sie mit der von der Protektoratsverwaltung betriebenen marshallplanhörigen Wirtschaftspolitik voll und ganz einverstanden. Aber die Werktätigen, die die Auswirkungen dieser Politik durch die neuesten brutalen Verteuerungsmaßnahmen noch schärfer als bisher am eigenen Leibe spüren, machen nicht mehr gehorsam mit. Die Kaufkraft ihrer Löhne und Gehälter wurde bisher auf nur 60 v. H. ihres Vorkriegsstandes gehalten. Sie können und wollen eine weitere Senkung ihrer Lebenslage nicht kampflos hinnehmen. Wollte die SPD-Führung die Werktätigen nicht mißtrauisch werden lassen, dann mußte sie etwas Besonderes tun, dann mußten ihre Vertreter auch so scharfe Worte gebrauchen wie in der Freitagdebatte des Bundestages.

Der Abstimmungssieg genügt nicht

Der SPD-Antrag wurde angenommen. Selbst Teile der CDU stimmten für ihn. Das konnten sie, denn nach der auch von der SPD gebilligten Geschäftsordnung des Bundestages fühlt sich die Protektoratsverwaltung an den Beschluß nicht gebunden. Die Geschäftsordnung verlangt, daß bei Bundestagsbeschlüssen, die Ausgaben mit sich bringen, gleichzeitig auch die dafür notwendigen Einnahmen zu bewilligen sind.

Von solchen parlamentarischen Finessen können die Werktätigen die Aufrechterhaltung ihres mehr als bescheidenen Lebensstandards nicht abhängig machen. Der Beschluß des Bundestages darf für den Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes kein Anlaß sein, erneut klare Entscheidungen und Kampfmaßnahmen zu vertagen. Was der SPD-Abgeordnete Wönner aussprach, hat auch nach der Annahme des SPD-Antrages noch seine volle Berechtigung: Alle Lohntarife müssen sofort mit dem Ziel einer ausreichenden Erhöhung der Löhne gekündigt werden. Die von der Protektoratsverwaltung geschaffenen Tatsachen haben einen Notstand geschaffen, der die Gewerkschaften auch zur sofortigen Kündigung von Verträgen mit längerer Laufzeit berechtigt.

Bei den notwendigen Entscheidungen darf das Wort eines sozialdemokratischen Abgeordneten nicht vergessen werden: „Für die Gewerkschaften ist nunmehr der Weg frei!" Die Mitglieder der Gewerkschaften sollten aber auch die Warnung unseres Genossen Niebergall nicht in den Wind schlagen:

„Laßt Euch nicht durch neue Manöver ablenken. Jetzt muß gehandelt werden."

Die Annahme des SPD-Antrages hat die Lage zwar geklärt, aber sie hat leider auch die Möglichkeit zu neuen Manövern für die Teile in der Führung der Gewerkschaften gegeben, die bisher schon mit der Protektoratsverwaltung Hand in Hand arbeiteten. Darum sagt die KPD-Fraktion in ihrer Erklärung zu diesem Beschluß mit vollem Recht: „Jetzt bedarf es nicht nur größter Wachsamkeit, sondern des entschlossenen Willens zum gemeinsamen Handeln. In tausendfachen Beschlüssen muß jetzt die Stimme der Betriebe ertönen, die nicht nur die Verhinderung jeglicher Preiserhöhung verlangen, sondern die Annahme des Kampfes um höhere Löhne."

Mehr als 200 Millionen Unterschriften für den Frieden

Berlin. (EB) Mehr als 200 Millionen Menschen haben sich — wie der ständige Ausschuß des Weltfriedens-Komitees am Dienstag mitteilte — bisher durch ihre Unterschrift zu dem Stockholmer Friedensappell bekannt und damit die Forderung nach dem bedingungslosen Verbot der Atomwaffe unterstützt.

Mehr als 1,5 Millionen Unterschriften für den Stockholmer Appell zur Aechtung der Atombombe sind bisher in Japan gesammelt worden, obwohl die Regierung Yoshida die Unterschriftensammlung durch stärksten Polizeiterror zu unterdrücken versuchte.

In Großbritannien setzten bereits mehr als 600 000 Männer und Frauen ihre Unterschriften unter den Friedensappell.

Auf Kuba ist die Zahl der Unterschriften für den Stockholmer Appell auf über 150 000 gestiegen.

Weltfriedensbewegung wächst ständig

Peking. (EB) Mehr als 3000 Moslems unterzeichneten auf einer Kundgebung in Peking den Stockholmer Appell zum Verbot der Atombombe. Ueber eine Million USA-Büroer haben sich bisher durch ihre Unterschrift unter den Stockholmer Appell zur Weltfriedensbewegung bekannt.

Berlin führt im Wettbewerb der jungen Friedenskämpfer

Paris. (EB) Nach einer Mitteilung des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses in Paris an das deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden in Berlin, führt Berlin im Wettbewerb der jungen Friedenskämpfer zwischen Paris, Rom und Berlin, mit 422 000 Unterschriften für den Stockholmer Appell. Es folgt Paris mit 325 000 und Rom mit 140 000 Unterschriften zur Aechtung der Atombombe.

Zehn Millionen unterzeichneten in Italien

Rom. Die Friedenskämpfer Italiens gaben am Sonntag bekannt, daß bisher 10 125 013 Italiener den Stockholmer Friedensappell unterzeichnet hätten. (n. Reuter)

Wo Mac Arthur herrscht

Kundgebung der Kommunistischen Partei Japans in Osaka mit Waffengewalt gesprengt

Osaka. (EB) 500 Polizisten gingen am Samstag in Osaka unter Anwendung von Waffengewalt gegen die Teilnehmer einer aus Anlaß des 28. Jahrestages der Gründung der KP Japans veranstalteten Kundgebung vor und verletzten mehrere von ihnen. 17 Kundgebungsteilnehmer wurden verhaftet.

Der Kampf der japanischen Werktätigen gegen den USA-Imperialismus

Tokio. (EB) Trotz des verschärften Polizeiterrors führen die japanischen Werktätigen in allen Teilen des Landes Protestaktionen gegen die Unterdrückungspolitik der USA-Imperialisten und insbesondere gegen die bewaffnete amerikanische Intervention in Korea durch. In den Städten und Dörfern werden Flugblätter verteilt, auf denen zum Widerstand gegen die Versuche der USA-Imperialisten, einen neuen Weltkrieg zu entfesseln, aufgerufen wird. Besonderen Umfang haben die Flugblattaktionen in dem Industriegebiet von Osaka und Kobe eingenommen.

Proteststreiks in Wallonien dehnen sich aus

Proteststreiks in Wallonien dehnen sich aus

Brüssel. Der Proteststreik gegen die Rückkehr König Leopolds dehnte sich am Sonnabend auf das Gebiet von Lüttich, Namur und Verviers aus. Am Freitag hatten bereits die Bergarbeiter der Borinage die Arbeit niedergelegt. Am Sonnabend ruhte dort in 22 von 27 Zechen jede Tätigkeit. In vier Zechen wurde nur teilweise gearbeitet. Straßenbahnen verkehrten nicht. Vor den Bahnhöfen standen Streikposten.

Ein Gewerkschaftsfunktionär erklärte, in Lüttich, Namur und Verviers ruhe fast jede Arbeit. Das Personal der Provinzregierung des Hennegaus legte die Arbeit nieder.

(Nach Reuter u. afp)

Anerkennung für Dr. Gereke

Ein Brief des Landesausschuß für ein einiges Deutschland an den ehemaligen niedersächsischen Landwirtschaftsminister

Mainz. Der Landesausschuß Rheinland-Pfalz für ein einiges Deutschland hat an den wegen seines mutigen Eintretens für die Belange der deutschen Landwirtschaft aus der CDU auf Verlangen der Adenauer-Clique ausgeschlossenen niedersächsischen Landwirtschaftsminister folgendes Schreiben gerichtet:

Herrn
Minister Dr. Dr. Gereke
Hannover

Sehr verehrter Herr Minister Dr. Dr. Gereke!

Das Sekretariat des Landesausschusses Rheinland-Pfalz für ein einiges Deutschland, dem in 22 Arbeitskreisen des Landes Vertreter aller politischen Parteien und Weltanschauungen angehören, dankt Ihnen, sehr verehrter Herr Minister, für Ihr mutiges Eintreten im Kampfe um die Herstellung eines einigen Deutschlands. Ihr Eintreten für die Belange der westdeutschen Landwirtschaft, die besonders schwer unter der vollzogenen Spaltung Deutschlands leidet, und die durch die Auswirkungen einer hemmungslosen Einfuhr ausländischer Agrarprodukte an den Rand des Ruins gebracht worden ist, hat Ihnen auch in unserem Lande Freunde und Anhänger gebracht. Der fortschrittliche Teil der Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz begrüßt die von Ihnen eingeleiteten Bemühungen, mit der Deutschen Demokratischen Republik zu einem Handelsabkommen zu kommen, durch welches der westdeutschen Konservenindustrie ein großer Auftrag gesichert wurde. Gerade in unserem Lande, der Obst- und Gemüsekammer Deutschlands, wird dieses Vorgehen besonders begrüßt, da erst in diesen Wochen Millionen von Salatköpfen untergepflügt, Tausende von Zentnern wertvolles Gemüse auf den Mist geworfen wurden und Millionen von Frühzwiebeln zugrunde gingen, da der Absatz nach den einst für unser Land so wichtigen Gebieten Ostdeutschlands fehlt.

Das Sekretariat des Landesausschusses Rheinland-Pfalz für ein einiges Deutschland verurteilt schärfstens die von engstirnigen Parteipolitikern gegen Sie getroffenen Maßnahmen. In dieser ernsten Zeit bringen wir Ihnen, Herr Minister, unsere Hochachtung und unsere Anerkennung für Ihr tapferes Vorgehen unumschränkt zum Ausdruck.

Sekretariat des Landesausschusses
Rheinland-Pfalz
für ein einiges Deutschland.

Der amerikanische Krieg

Barbarischer Mord am koreanischen Volk

Aus einer Erklärung des Oberkommandierenden der Koreanisen Volksarmee, Kim Ir Sen.

Die amerikanischen Invasoren verwandeln unsere Kinder, Frauen und Greise in Angriffsziele für Luftbeschießungen und Bombardierungen. In barbarischer Weise morden sie das Volk, indem sie die Methoden Hitlers und der räuberischen japanischen Imperialisten anwenden. Unsere friedlichen Städte und Dörfer verwandeln sie in militärische Stützpunkte . . .

Das Ziel des amerikanischen imperialistischen Angriffes auf Korea ist den Völkern der ganzen Welt klar. Niemand wird durch die Erklärung getäuscht werden, daß die amerikanischen Truppen im Namen der Vereinten Nationen „Polizeifunktionen" in Korea durchführen.

Die japanischen Imperialisten verdeckten ihre Pläne mit falschen Erklärungen über den „Frieden in Asien". Am 29. August 1910 erklärte der Kaiser von Japan in seinem Dekret, daß Japan Korea annektiere, um einen dauerhaften Frieden im Osten aufzurichten. Heute versuchen die amerikanischen Imperialisten schamlos ihre bewaffnete Intervention in die inneren Angelegenheiten unseres Vaterlandes und die Bombardierung unserer friedlichen Städte wie Hitler und die Japaner durch Friedenserklärungen zu verdecken.

Sie können jedoch den Kampfgeist des koreanischen Volkes nicht zerstören. Die Truppen unserer Armee kämpfen nicht für Dollars und nicht, um andere Völker zu unterdrücken, wie das die Amerikaner tun, sondern um ihre Freiheit und die Unabhängigkeit ihres Landes zu verteidigen.

Die Armee der amerikanischen Aggressoren ist im ganzen Volke verhaßt. Auf Schritt und Tritt erwartet sie die Rache für ihre begangenen Verbrechen. Wenn die direkte Intervention der Amerikaner nicht gewesen wäre, wäre der innere Bürgerkrieg, der durch die Handlanger des amerikanischen Imperialismus provoziert worden ist, längst beendet und die Bevölkerung von Südkorea hätte sich längst von dem Polizeiregime Syngman Rhee befreit. Das gesamte koreanische Volk muß mit einem entscheidenden Schlag auf den Schlag der amerikanischen Imperialisten antworten. Unter keinen Umständen wird sich unser Volk noch einmal dem kolonialen Sklavenjoch beugen.

Vorwärts zum Sieg! Lang lebe das freie und unabhängige Korea!

Amerikaner werden auch von Südkoreanern gehaßt

„Wir brauchen mindestens 100 000 amerikanische Soldaten und ein Jahr Zeit, um den Krieg in Korea zu gewinnen, weil die Eingeborenen sowohl im Norden als auch im Süden die Amerikaner hassen."

Dies ist die Aeußerung eines amerikanischen Offiziers, der vier Jahre mit der amerikanischen Militärregierung in Korea verbrachte, wiedergegeben nach der Wallstreet-Zeitung „New York Herald Tribune" vom 9. 7. 1950. Was an dieser Aeußerung besonders interessant ist, ist nicht einmal in erster Linie die nüchterne Einschätzung der militärischen Lage, als vor allem die Widerlegung der Lüge, daß die amerikanischen Truppen in Korea die Freiheit des koreanischen Volkes verteidigen. Warum, so wird sich jeder denkende Leser fragen, haben sich die USA in Korea eingemischt, wenn sie auch von der Bevölkerung Südkoreas gehaßt werden? Wenn es noch eines Beweises dafür bedürfe, daß der amerikanische Krieg in Korea samt seiner Unterstützung durch die dollarhörigen Vertreter der Rumpf-UN ein Eroberungskrieg ist und daß das koreanische Volk in Nord und Süd nichts anderes will als in Frieden leben, dann ist er damit geliefert.

Einer Resolution zustimmen und Truppen schicken, ist zweierlei

Wohl hat unter dem Druck des Dollars die Mehrzahl der im Rumpf der Vereinten Nationen verbliebenen Vertreter die amerikanische Einmischung in Korea nachträglich gebilligt und einer das Ansehen der Vereinten Nationen ruinierenden Resolution zugestimmt, die die Erhaltung der Diktatur der Großgrundbesitzer-Clique Rhee zur Aufgabe der Vereinten Nationen erhebt. Die Begeisterung zur Stellung von Truppen für dieses Unternehmen ist aber schon weniger groß. Außer der britischen Labour-Regierung, die ihre Flotte zur Verfügung stellte, der in faschistischem Fahrwasser schwimmenden Regierung von Australien, die Piloten schickte, und außer Herrn Tschiangkai Schek, der seinen Söldnern nochmals eine Gelegenheit bieten möchte, vor einer Volksbefreiungsbewegung zu kapitulieren, hat es noch keine Regierung, die der Resolution zustimmte, gewagt, ihre Soldaten für ein solch schmutziges Unternehmen einzusetzen.

Darüber sind eine Anzahl amerikanischer Politiker, die gerne möchten, daß fremde Truppen für sie die Kastanien aus dem Feuer holen, sehr erbost. Der republikanische Abgeordnete des Repräsentantenhauses, Rich, ging in seiner Erregung darüber soweit, daß er von Präsident Truman forderte, die amerikanischen Truppen wieder zurückzuberufen, wenn andere Staaten der UN nicht auch ihre Truppen schicken. Ein sehr vernünftiger Vorschlag, kann man nur sagen. Nur ist leider kein Grund für die Annahme vorhanden, daß er verwirklicht wird.

Pressestimmen

Die Sowjetunion — die größte Garantie für den Frieden in der Welt

Denjenigen, die uns fragen, ob wir glauben, daß der dritte Weltkrieg schon begonnen hat, oder daß jener Prozeß der Zwischenfälle schon begonnen hat, der uns zu einem Kriege führt, der die ganze Welt umfaßt, antworten wir ruhig mit Nein. Wir glauben es nicht, und wir glauben es hauptsächlich deshalb nicht, weil wir wissen, daß es eine große Macht in der Welt gibt, die Sowjetunion, die eine Macht des Friedens ist, die von Menschen mit einem sozialistischen Gewissen geleitet wird, von Männern, die wissen, daß ein sozialistischer Staat nie Krieg führt, es sei denn, daß er angegriffen wird, von Männern, die die Ruhe auch vor Provokationen und Aggressionen nicht verlieren, von welcher Seite diese auch kommen mögen, die aber im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung handeln. Dieses Land ist heute die größte Garantie für den Frieden in der Welt. Es ist das Bollwerk des Friedens. Wenn die Sowjetunion nicht wäre, könnten wir denjenigen die uns fragen, ob der Weltkrieg schon begonnen hat, nicht mit Nein antworten.

(Aus einer Parlamentsrede des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Italiens, Palmiro Togliatti, zitiert nach der „Unita", Rom.)

Der Unabsetzbare

Da sitzt also im Jahre 1950 ein Amtsgerichtsrat Kettnaker beim Amtsgericht Stuttgart und erklärt öffentlich in einem Streitfall, bei dem die eine Partei eine Jüdin ist: „Für mich ist es völlig gleichgültig, ob jemand Gauleiter oder ein dreimal erfolglos vergaster Rabbiner ist." Das heißt: da bedauert ein Richter ex officio die Erfolglosigkeit eines dreimaligen Mordversuchs an einem Menschen. Man sage nicht, der Fall sei ja nur hypothetisch, so was habe es im Dritten Reich gar nicht gegeben. Das ist zwar richtig, denn in Millionen Fällen ist der Versuch, zur ewigen Schmach des deutschen Namens, gleich beim erstenmal gelungen — restlos bis auf ein Häufchen Asche. Aber gerade deshalb ist ja die Bemerkung dieses Zynikers im Talar so niederträchtig und so empörend. Jeder auch nur halbwegs anständige Mensch fragt sich: muß die theoretisch mit Recht so viel gerühmte Unabsetzbarkeit eines Richters so verstanden werden, daß jeder, der nichts anderes aufzuweisen hat als zwei juristische Staatsexamen, unter dem fadenscheinigen Deckmantel der Objektivität straflos eine Beklagte verhöhnen, Millionen unschuldig Hingemordeter beschimpfen und das Ansehen des gesamten Richterstandes, der Justiz, ja des Staates selbst in nicht wiedergutzumachender Weise schädigen darf? So einem gehört die Robe ausgezogen und zwar sofort!

„Stuttgarter Zeitung"

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Friedensruf aus Bremen

Die internationale Bedeutung des Friedenskongresses - Hafen- und Transportarbeiter beschließen: Kein Handschlag für den Krieg

Kein Landesfriedenskongreß der bisher abgehalten wurde, ist von einer derart geschichtlichen Bedeutung wie der Landesfriedenskongreß am 8. und 9. Juli in Bremen. Bremen ist ein Einfalltor für amerikanisches Kriegsmaterial, das durch die entschlossenen Aktionen der Hafenarbeiter Frankreichs, Hollands und Belgiens in den Häfen dieser Länder nicht gelöscht werden kann. Deshalb waren auf diesem Kongreß neben den Friedenskämpfern von der Wesermündung die Vertreter fast aller deutschen Nordsee- und Binnenhäfen versammelt. Das Mannheimer Friedenskomitee hatte, wie wir bereits berichteten, ebenfalls zwei Delegierte entsandt.

Auf dem Friedenskongreß in Bremen bekundeten Vertreter der ausländischen Hafenarbeiter ihren Willen, gemeinsam mit den westdeutschen Friedenskämpfern den verstärkten Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland Einhalt zu bieten. Die Friedensfreunde in aller Welt haben erkannt, daß der Kampf um den Frieden verstärkt geführt werden muß, denn der amerikanische Krieg in Korea ist ein mahnender Alarmruf, der den Ernst der Stunde aufzeigt. Eindeutig riefen die Antwerpener Dockarbeiter

Junge Pioniere grüßen den Friedenskongreß

der Bremer Konferenz in einem Begrüßungstelegramm die Worte zu: „Frieden allein durch den Kampf für den Frieden!"

Der Hafenarbeiter van Reenwyh aus Rotterdam schilderte auf dem Kongreß den gemeinsamen Kampf der werktätigen Bevölkerung dieser holländischen Hafenstadt und der Hafenarbeiter bei der Verhinderung der Waffentransporte. Schon das Anlegen der ersten Waffentransportschiffe wurde von ihnen verhindert. Obwohl der holländische Delegierte den Friedenskongreß in seiner Muttersprache begrüßte, verstand jeder den Sinn seiner Worte, als er sagte: „Die Werktätigen müssen sich auf ihre eigene Kraft verlassen. Wir haben die Waffenausladungen in Rotterdam verhindert. Seite an Seite mit Euch sind wir bereit und entschlossen, den Kampf für den Frieden weiterzuführen." Stürmische Begeisterung brandete im Kongreßsaal auf, als der Vorsitzende des Präsidiums dem tapferen Friedenskämpfer aus Rotterdam einen roten Blumenstrauß überreichte und die Verbundenheit der internationalen Solidarität zum Ausdruck brachte.

Alles wurde von den Feinden des werktätigen Volkes und des Friedens getan, um die Konferenz der Hafenarbeiter und den Friedenskongreß in Bremen zu verhindern. Zuerst verweigerte Bürgermeister Kaisen dem Friedenskomitee den beantragten Festsaal im Rathaus. Dieser Saal stand bisher jeder Organisation zur Verfügung. Drei Tage vor dem Kongreßbeginn kündigte auf Betreiben reaktionärer CDU-Kreise und amerikanischer Hintermänner der Kirchenrat den Saal in der „Glocke". In letzter Minute machte die Geschäftsleitung der „Sporthalle" die Benutzung abhängig von der vorherigen sofortigen Barzahlung einer Summe von vielen hundert Mark. Erfüllt von der großen geschichtlichen Bedeutung des Friedenskongresses in Bremen überwanden die Frauen und Männer des vorläufigen Landesfriedenskomitees Bremen alle Schwierigkeiten. Der Kongreß tagte.

Eine französische Delegation besuchte die Gräber der im dritten Reich ermordeten antifaschistischen Widerstandskämpfer. Sie konnte sich davon überzeugen, daß die Spuren des zweiten Weltkrieges noch nicht beseitigt sind, sind doch ganze Stadtteile Bremens heute noch ein einziges Trümmerfeld. Die französischen Kameraden konnten sich aber auch von den Vorbereitungen der Kriegstreiber überzeugen, die, wenn wir Friedenskämpfer ihnen nicht in den Arm fallen, aus Westdeutschland in einem dritten Weltkrieg eine Zone des Todes machen würden.

Aus den Worten der Gäste aus der Deutschen Demokratischen Republik, die die Grüße der friedliebenden Bevölkerung aus dem Osten unseres Vaterlandes überbrachten, sprach das Vertrauen, daß die westdeutschen Friedensfreunde von Bremen aus in einen neuen Abschnitt auf dem Siegesweg des Friedens getreten sind. So ist es auch. Der Ruf des Friedens aus Bremen ist ein Signal für die Aktionseinheit der westdeutschen Arbeiterklasse, er steht im Zeichen der internationalen Solidarität zur Verhinderung der Waffentransporte und von Kriegsprovokationen. Die Beschlüsse des Bremer Friedenskongresses und der Aufruf an alle Hafenarbeiter leiten für Westdeutschland die brüderliche Kampfverbundenheit aller Hafenarbeiter und Binnenschiffer ein, so wie sie im Kampfbündnis des Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund einen sichtbaren Ausdruck fand.

Mit verstärkter Kraft werden die Teilnehmer der Bremer Tagung der großen Weltfriedensfront neue Mitstreiter erringen und die Pläne des Todes zunichte machen. Mit verstärkter Kraft werden sie sich einsetzen für die Forderung, mit der Frau Hoereth-Menge, Stadträtin von München, ihr Hauptreferat auf dem Friedenskongreß beendete: „Laßt uns den Kampf für den Frieden gewinnen, dann haben wir den Kampf für das Leben gewonnen."

Frau Hoereth-Menge, Stadträtin aus München hielt auf dem Friedenskongreß in Bremen das Hauptreferat und das Schlußwort.

Links: Die Fahnen der Freien Deutschen Jugend, daneben: Der Hafenarbeiter van Reenwyh aus Rotterdam. In der Mitte rechts der erste Vorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herbert Warnke. Rechts stehend der Friedenskämpfer Nolte aus Bremen, sitzend der Sekretär des Landesfriedenskomitees Hamburg, der auf dem Kongreß in Bremen die enge Verbundenheit der Friedenskämpfer der Hafenstädte mit dem Friedenskampf in der ganzen Welt zum Ausdruck brachte.

Fort mit den Kanonen - Platz für den Frieden

Erste Voraussetzung für den erfolgreichen Friedenskampf: Aktionseinheit aller Hafenarbeiter

Der parteilose Hafenarbeiter Bernhard Anders aus Hamburg erklärte auf dem Kongreß in Bremen seinen Kollegen aus den anderen Nordsee- und Binnenhäfen: „Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die Sympathieerklärungen der Bremer, Duisburger und Hamburger Hafenarbeiter für die kämpfenden Kollegen in Frankreich, Holland, Belgien und Italien ihre Wirkung auf die Kriegsbrandstifter nicht verfehlen werden. Sie wagen nicht offen, die Waffen der Atlantikpaktarmeen in die westdeutschen Häfen zu bringen. Wir dürfen uns aber nicht täuschen lassen, wenn Waffen getarnt transportiert werden. Umsonst hat nicht Admiral Sherman vorher in Bremerhaven mit den militärischen Fachleuten die gesamten Hafenanlagen inspiziert. Aehnliche Maßnahmen wie in Bremerhaven, Brake, Emden, die von den Kriegstreibern getroffen wurden, um Kriegsstützpunkte auszubauen, werden auch in Hamburg durchgeführt. In Kasernen werden an Schiffsmodellen Streikbrecher für die Ent- und Beladung von Kriegsmaterial ausgebildet.

In Fragen der Verladung von militärischen Gütern im Hamburger Hafen erklärte sich der englische Landeskomissar, Mr. Dunlop, gegenüber einer Hafendelegation nicht kompetent. Nun, wir sagen: Kompetent sind auf jeden Fall die Hamburger Hafenarbeiter und die gesamte Bevölkerung."

Als erst Voraussetzung für den erfolgreichen Friedenskampf bezeichnete Anders die Aktionseinheit aller Hafenarbeiter, die Kampfgemeinschaft mit den Binnenschiffern und Seeleuten und darüber hinaus mit allen im Verkehrs- und Transportwesen Beschäftigen. „Wir müssen die künstlich geschaffene Trennung der Hafenarbeiter überwinden. Unser Kampf um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und der Kampf um das Mitbestimmungsrecht ist unmittelbar verbunden mit dem Kampf um den Frieden. Als Gewerkschaftler sehen wir unsere Aufgabe darin, die Gewerkschaft, unser wichtigstes Instrument im Kampfe für unsere Interessen, zu einer starken Friedensfront zu machen. Wir begrüßen das Kampfbündnis der CGT mit dem FDGB und verpflichten uns, alle Kollegen für dieses deutsch-französische Arbeiterbündnis zu gewinnen.

Alle Funktionäre der Gewerkschaft „Oeffentliche Dienste, Transport und Verkehr", alle Betriebsräte der Hafenbetriebe, sollten der Ueberlieferung der deutschen Gewerkschaftsbewegung getreu, überzeugt für die Erhaltung des Friedens kämpfen."

Herbert Warnke, der Vorsitzende des FDGB sagte u. a.:

„Ueber 45 Millionen Erwerbslose vegetieren in der kapitalistischen Welt. Das sind amtliche Zahlen. Westdeutschland steht dabei an dritter Stelle, in Europa an zweiter Stelle. Die Arbeitslosigkeit ist ein Gesetz des Kapitalismus und jetzt wird sie bewußt vergrößert, um die Erwerblosen zu zwingen, Kriegsmaterial zu produzieren und zu transportieren. Jugendliche und Erwerbslose werden demoralisiert, damit sie die Kriegstreiber besser als Kanonenfutter verwenden können.

Um die Arbeitslosigkeit der Transportarbeiter zu vermindern, muß der friedliche Handel zwischen allen Ländern, besonders zwischen Ost und West verstärkt werden." Unter großem Interesse der Hafendelegierten schilderte Herbert Warnke das Bündnis-Abkommen zwischen den französischen Gewerkschaften und dem FDGB. Dieses Bündnis der französischen und deutschen Arbeiter bildet eine Front gegen die Front der Kriegstreiber und Schwerindustriellen, die sich im Schuman-Plan vereinigen.

Der Duisburger Delegierte berichtet über den Friedenskampf der friedliebenden Hafenarbeiter dieser Stadt und betonte: „In Zusammenarbeit mit den Hafenarbeitern von Rotterdam und Amsterdam werden die Hafenarbeiter am Rhein zu verhindern wissen, daß die Rheinmündungs-Häfen für die Entladung von Kriegsmaterial mißbraucht werden."

Der Delegierte aus Bremerhaven stellte fest, daß Bremerhaven heute in einen Nachschubhafen der amerikanischen Besatzungsarmee verwandelt würde. Die Hafenarbeiter Bremerhavens werden nur noch unbeständig beschäftigt. Der Transport von Kriegsmaterial erfolgt getarnt als harmlose Güter. In den Händen der Hafenarbeiter liegt es, festzustellen, was entladen wird. In ihren Händen liegt es auch, den Krieg zu verhindern.

Begeisterte Zustimmung begleitete die Worte des Mannheimer Delegierten, der in seinem Referat ausrief: Fort mit den Kanonen! Fort mit den Maschinengewehren! Platz für den Frieden!

Dem Friedenskomitee der Hafenarbeiter und Seeleute in Westdeutschland gehört jede Unterstützung

Die Konferenz der Hafenarbeiter, Seeleute und Binnenschiffer am 9. Juli in Bremen wählte ein aus 23 Mitgliedern bestehendes Friedenskomitee, das die Aufgabe hat, den Kampf für den Frieden zu intensivieren. Das westdeutsche Komitee soll Verbindung mit den Hafenarbeitern in aller Welt aufnehmen, die sich ebenfalls für den Frieden ausgesprochen und die Entladung amerikanischen Kriegsmaterials eindeutig abgelehnt haben.

Die Spuren einer unvergeßlichen Schreckensnacht in Bremen

Der 18. August brachte für Bremen eine Schreckensnacht unvorstellbaren Ausmaßes. Ganze Stadtteile wurden von den Fliegerverbänden des Luftkrieges niedergewalzt. Unser Bild vermittelt einen Eindruck der heute noch vorhandenen Trümmerwüste. Aber schon werden wieder Kriegsvorbereitungen getroffen, um aus Westdeutschland eine Wasser- und Atombombenwüste mit dem Sterben von Millionen Menschen vorzubereiten. Im Monat Juni wurden im Kaiserhafen in Bremen 21 122 Tonnen amerikanisches Kriegsmaterial an Land gebracht. Drei weitere Kriegsmaterialtransporte im Gesamtgewicht von 4500 Tonnen sind zu erwarten. Der Landesfriedenskongreß in Bremen am 8. und 9. Juli (siehe Bildausschnitt links) dokumentierte die Kampfentschlossenheit der Friedensfreunde, mit den französischen, holländischen, belgischen und italienischen Hafenarbeitern gemeinsam zu verhindern, daß weiteres Kriegsmaterial in Westdeutschland hineinsickert. Indem die Hände ruhen, die Kriegsmaterial transportieren sollen, wächst die Siegesfront der Kämpfer für den Frieden. Der Blick auf einen Stadtteil von Bremenzeigt das Ausmaß der Trümmerstätte. Am 18. August 1950 pilgert die werktätige Bevölkerung Bremens hinaus an die Gräber der Bombenopfer und gedenkt mit einem Blumenstrauß der toten Ankläger der Kriegsverbrechen. Rechts im Bildausschnitt: Blick auf den Freihafen in Bremen.

Über den Marxismus in der Sprachwissenschaft

Von J. W. Stalin

4. Fortsetzung

Der Gedankenaustausch ist eine ständige Lebensnotwendigkeit, da es ohne ihn nicht möglich ist, das gemeinsame Handeln der Menschen im Kampf gegen die Naturkräfte, im Kampf für die Produktion der notwendigen materiellen Güter, zu organisieren, da es nicht möglich ist, ohne ihn Erfolge in der produktiven Tätigkeit der Gesellschaft zu erzielen, und somit das Bestehen der gesellschaftlichen Produktion selbst nicht möglich wäre. Ohne eine für die Gesellschaft verständliche und ihren Mitgliedern gemeinsame Sprache stellt also die Gesellschaft die Produktion ein, zerfällt und hört auf, als Gesellschaft zu existieren. In diesem Sinne ist die Sprache als Werkzeug der Verständigung gleichzeitig ein Werkzeug des Kampfes und der Weiterentwicklung der Gesellschaft.

Alle zu einer Sprache gehörenden Wörter bilden bekanntlich zusammen den sogenannten Wortbestand der Sprache. Das Wichtigste am Wortbestand der Sprache ist der grundlegende Wortschatz, dessen Kern alle Wurzelwörter bilden. Er ist bedeutend kleiner als der Wortbestand der Sprache, aber er lebt sehr lange, jahrhundertelang, und liefert der Sprache die Grundlage für die Bildung neuer Wörter. Der Wortbestand ist ein Abbild des Zustandes der Sprache; je reicher und vielfältiger der Wortbestand ist, desto reicher und entwickelter ist die Sprache.

Aber der Wortbestand an sich stellt noch nicht die Sprache dar, er ist vielmehr nur das Baumaterial für die Sprache. Aehnlich wie das Baumaterial im Bauwesen noch nicht das Gebäude ist, obwohl es ohne das Baumaterial nicht möglich ist, ein Gebäude zu errichten, bildet auch der Wortbestand der Sprache noch nicht die Sprache selbst, obwohl auch ohne ihn keine Sprache denkbar ist. Aber der Wortbestand einer Sprache erhält größte Bedeutung, wenn er in Verbindung tritt mit der Grammatik der Sprache, die die Regeln der Abwandlung des Wortes, die Regeln der Verbindung der Wörter zu Sätzen festlegt und damit der Sprache einen geordneten, sinnvollen Charakter verleiht. Die Grammatik (die Morphologie und die Syntax) ist eine Sammlung von Regeln für die Abwandlung der Wörter und für die Zusammenstellung der Wörter zu Sätzen. Demzufolge erhält die Sprache gerade durch die Grammatik die Möglichkeit, die menschlichen Gedanken in die materielle sprachliche Hülle zu kleiden.

Das Charakteristische der Grammatik besteht darin, daß sie die Regeln für die Abwandlung der Wörter gibt, ohne dabei konkrete Wörter anzuführen, sondern überhaupt Wörter an sich, ohne irgendwelchen konkreten Inhalt; sie gibt Regeln für den Satzbau, ohne dabei irgendwelche konkreten Sätze im Auge zu haben, sagen wir, ein konkretes Subjekt, ein konkretes Prädikat usw., sondern überhaupt alle möglichen Sätze ohne Bezug auf die konkrete Form dieses oder jenes Satzes. Indem die Grammatik sowohl bei den Wörtern wie bei den Sätzen von allem Speziellen und Konkreten absieht, nimmt sie also das Allgemeine, das der Abwandlung der Wörter und der Zusammenfassung von Wörtern zu Sätzen zugrunde liegt, und baut daraus die grammatikalischen Regeln, die grammatikalischen Gesetze. Die Grammatik ist das Ergebnis einer langen, abstrahierenden Arbeit des menschlichen Denkens, ein Gradmesser für die gewaltigen Erfolge des Denkens.

In dieser Hinsicht erinnert die Grammatik an die Geometrie, die ihre Gesetze aufstellt, und dabei von konkreten Gegenständen absieht, die Gegenstände als Körper betrachtet, die alles Konkrete abgestreift haben, und die die Verhältnisse zwischen ihnen nicht als konkrete Verhältnisse irgendwelcher konkreten Gegenstände definiert, sondern als Verhältnisse von Körpern schlechthin die alles Konkrete abgestreift haben.

Zum Unterschied vom Ueberbau, der mit der Produktion nicht direkt, sondern durch Vermittlung der Wirtschaft verbunden ist, ist die Sprache unmittelbar mit der produzierenden Tätigkeit des Menschen wie auch mit jeder anderen Tätigkeit auf ausnahmslos allen Gebieten seiner Arbeit verbunden. Deshalb befindet sich der Wortbestand einer Sprache, der am empfindlichsten auf Veränderungen reagiert, im Zustand einer fast ununterbrochenen Veränderung; dabei braucht die Sprache zum Unterschied vom Ueberbau nicht die Liquidierung der Basis abzuwarten, sie nimmt die Veränderungen in ihrem Wortbestand vor der Liquidierung der Basis und unabhängig vom Zustand der Basis vor.

Aber der Wortbestand einer Sprache verändert sich nicht wie der Ueberbau, nicht durch Ausmerzung des Alten und den Bau von Neuem, sondern durch Ergänzung des vorhandenen Wortschatzes, durch neue Wörter, die im Zusammenhang mit den Veränderungen der sozialen Ordnung, mit der Entwicklung der Produktion, mit der Entwicklung der Kultur, der Wissenschaft usw. entstehen. Obwohl aus dem Wortbestand einer Sprache in der Regel eine gewisse Zahl veralteter Wörter verschwindet, kommt doch eine bedeutend größere Zahl neuer Wörter hinzu. Was den grundlegenden Wortschatz anbetrifft, so bleibt er im wesentlichen erhalten und wird als Grundlage für den Wortbestand der Sprache verwendet.

Das ist auch verständlich. Es liegt keinerlei Notwendigkeit vor, den grundlegenden Wortschatz abzuschaffen, wenn er mit Erfolg durch eine Reihe von historischen Perioden benutzt werden kann, ganz zu schweigen davon, daß die Abschaffung des in Jahrhunderten gesammelten grundlegenden Wortschatzes angesichts der Unmöglichkeit, im Laufe kurzer Zeit einen neuen grundlegenden Wortschatz zu schaffen, zu einer Lähmung der Sprache, zu einer völligen Zerrüttung des Verkehrs der Menschen untereinander führen würde.

Der grammatikalische Aufbau einer Sprache verändert sich noch langsamer als sein grundlegender Wortschatz. Der im Laufe ganzer Epochen ausgearbeitete und organisch in die Sprache eingegangene grammatikalische Aufbau verändert sich noch langsamer als der grundlegende Wortschatz. Er erleidet natürlich im Laufe der Zeit Veränderungen, er wird vervollkommnet, verbessert und präzisiert seine Regeln, wird durch neue Regeln bereichert, aber die Grundlagen des grammatikalischen Aufbaus bleiben über sehr lange Zeiträume hin erhalten, da sie, wie die Geschichte lehrt, mit Erfolg durch eine ganze Reihe von Epochen der Gesellschaft dienen können.

Somit bilden der grammatikalische Aufbau der Sprache und ihr grundlegender Wortschatz die Grundlage der Sprache, ihr spezifisches Wesen.

Die Geschichte zeigt eine große Beständigkeit und kolossale Widerstandsfähigkeit der Sprache gegen gewaltsame Assimilation. Statt diese Erscheinung zu erklären, beschränken sich verschiedene Historiker darauf, sich darüber zu wundern. Aber für eine Verwunderung gibt es hier keinerlei Anlaß. Die Beständigkeit der Sprache erklärt sich aus der Beständigkeit ihres grammatikalischen Aufbaus und ihres grundlegenden Wortschatzes. Jahrhundertelang hatten sich die türkischen Assimilatoren bemüht, die Sprachen der Balkanvölker zu verstümmeln, zu zerstören und abzuschaffen. In dieser Zeit wurde der Wortbestand der Balkansprachen bedeutenden Veränderungen unterworfen, es wurden zahlreiche türkische Wörter und Ausdrücke übernommen, es gab sowohl „Harmonien" wie auch „Divergenzen", aber die Balkansprachen hielten sich und blieben lebendig. Warum? Weil der grammatikalische Aufbau und der grundlegende Wortschatz dieser Sprachen im großen und ganzen erhalten blieben.

Aus alledem geht hervor, daß die Sprache und ihre Struktur nicht als Produkt einer bestimmten Epoche angesehen werden dürfen. Die Struktur einer Sprache, ihr grammatikalischer Aufbau und ihr grundlegender Wortschatz sind das Produkt einer ganzen Reihe von Epochen.

Man muß annehmen, daß die Elemente der modernen Sprache schon im grauesten Altertum, vor der Epoche der Sklaverei, gebildet wurden. Das war eine unkomplizierte Sprache mit einem knappen Wortschatz, aber mit einem eigenen grammatikalischen Aufbau, der zwar primitiv war, aber doch einen grammatikalischen Aufbau darstellte.

Die weitere Entwicklung der Produktion, das Entstehen der Klassen, das Entstehen der Schriftsprache, das Entstehen des Staates, der für die Verwaltung einen mehr oder weniger geregelten Schriftverkehr brauchte, die Erfindung der Druckmaschine, die Entwicklung der Literatur, das alles brachte große Veränderungen in der Entwicklung der Sprache. In dieser Zeit haben sich Volksstämme und Völkerschaften zersplittert und von einander geschieden, haben sich vermischt und untereinander gekreuzt, später entstanden dann Nationalsprachen und -staaten, vollzogen sich revolutionäre Umwälzungen, wurden alte Gesellschaftsordnungen durch neue abgelöst. Das alles brachte noch mehr Veränderungen in die Sprache und ihre Entwicklung.

(Fortsetzung folgt)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kurbel: „Razzia"

Mannheim. Es ist erfreulich, daß uns in Mannheim augenblicklich zwei DEFA-Filme von der lästig gewordenen und größtenteils oberflächlichen amerikanischen Produktion ablenken. So auch dieser Streifen, der eine großangelegte Razzia aus den Zeiten des Schwarzmarktes in den Jahren 1945-1946 in Berlin wieder auferstehen läßt. Er hat das unternommen, was dem Westen in dieser Zeit peinlich und durchaus nicht angebracht für eine filmische Verwertung war. Im Gegensatz zur amerikanischen, britischen und französischen Produktion dieser Jahre, deren Filmexport das deutsche Volk von seinem Elend ablenken sollte, hat die DEFA das Problem des gemeinschädigenden Schwarzhandels filmisch aufgegriffen und in einer sehr realistischen Schilderung verurteilt.

„Millionen lebten damals von Wenigem und Wenige von Millionen", steht in anklagenden Lettern am Anfang dieses Filmwerks. Wir lernen Berliner Typen kennen, wie sie nicht besser hätten charakterisiert werden können. Man hat das Gefühl, einem wirklich deutschen Film gegenüber zu stehen, mit Menschen, die absolut natürlich gezeichnet sind. Dazu ist Werner Klinglers Regie reibungslos. Paul Bildt überzeugt ungekünstelt als ausgeprägter Charakter. In Klaus Holm lernen wir einen begabten Nachwuchsschauspieler kennen. Harry Frank als Schauspieler von Format steht in nichts Nina Konsta — die inzwischen auch als Sängerin ein Begriff geworden ist — nach. Auch Walter Groß ist uns kein Unbekannter und verrät ungemeine schauspielerische Routine.

Nicht Abbau, Erhöhung der Gießereilöhne notwendig!

Sofort Forderungen für die Verhandlungen über neues Zusatzabkommen stellen / Kampfmaßnahmen festlegen!

Mannheim. Die Kündigung des Zusatzabkommens der Metallindustrie für die Arbeiter in Gießereien durch die württembergisch-badischen Metallindustriellen hat in der gesamten Metallindustrie eine begreifliche Empörung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen. Der Schritt der Unternehmer wird als bodenlose Frechheit betrachtet, denn jeder sagt sich, daß nicht die Frage des Abbaues der Löhne, sondern ihre Erhöhung steht, nachdem die Preise aller wichtigen Lebensmittel im Steigen begriffen sind.

Wenn für Gießereiarbeiter bisher ein Abkommen bestanden hat, das ihnen einen Verdienst von 20 Prozent über dem anderer Arbeiterkategorien der Metallindustrie gewährte, dann nur zu Recht. Nirgends ist die Arbeit schwerer, kräfte- und nervenverbrauchender als in den Gießereien. In keinem anderen Beruf gibt es den gleichen Verschleiß an Kleidung und ist der Dreck so groß, mit dem sich rumgeschlagen werden muß, als bei den Formern, Kernmachern und Gußputzern. Die Arbeiterschaft in ihrer Allgemeinheit betrachtet den Verdienstzuschlag in Gießereibetrieben als durchaus begründet.

Es wird allgemein in der Arbeiterschaft erkannt, daß der Unternehmervorstoß im Grunde nicht nur einer Arbeiterkategorie gilt. Mit Angriffen auf einzelne Gruppen der Arbeiter leiten erfahrungsgemäß die Unternehmer ihre Generaloffensive auf die Löhne ein. Deshalb müssen in den Betrieben die Gießereiarbeiter nicht allein die notwendigen Schritte und Abwehrmaßnahmen beraten, sondern in jedem Betrieb gemeinsam Stellung nehmen.

Beantwortet die Kündigung des Sonderabkommens für Gießereiarbeiter mit der Ausarbeitung von Lohnforderungen, die den neuerlichen Preissteigerungen entsprechen. Sie müssen als die Arbeiterforderungen Verhandlungsgegenstand für den Abschluß des neuen Abkommens sein. Die Unternehmer dürfen längst vor dem Termin des Ablaufs des bisher bestehenden Abkommens keinen Zweifel haben, daß nicht die Frage des Lohnabbaues, sondern der Lohnerhöhung in den Verhandlungen steht. Sie müssen die Gewißheit haben, daß die Arbeiterschaft willens ist, ihre Kampfmittel einzusetzen. Deshalb sind ohne Zeitverlust die entsprechenden Beschlüsse in den einzelnen Betrieben und in den Ortsverwaltungen von IG Metall zu fassen.

FDJ ergreift Initiative

Mannheimer Jugend zu gemeinsamen Aktionen gegen die Preiserhöhungen aufgefordert

Mannheim. (EB) Die Meldungen über die geplanten Erhöhungen der Preise für die wichtigsten Grundnahrungsmittel der Bevölkerung haben die FDJ in Mannheim veranlaßt, die gesamte Jugend Mannheims zum Kampf gegen diese Teuerungswelle zu mobilisieren. In einem Brief an den Ortsjugendausschuß der Gewerkschaften und die Jugendsekretäre sämtlicher Industrieverbände weist sie auf die untragbaren Folgen einer Preiserhöhung für die werktätige Jugend hin, die noch geschwächt ist durch die Kriegsfolgen. Es heißt darin:

„Die neuerliche Teuerungswelle droht das Lebensniveau der Arbeiter auf einen unerträglichen Stand herabzudrücken. Dies würde insbesondere eine weitere schwere physische Gefährdung unserer schaffenden Jugend bedeuten. Im Interesse der gesamten Jugend protestiert die Freie Deutsche Jugend gegen diesen Angriff auf unser Lebensniveau.

Wir wenden uns an Euch, Jugendkollegen, als die berufenen Vertreter der schaffenden Jugend:

Die Herausforderung der gesamten Arbeiterschaft darf nicht tatenlos hingenommen werden.

Wir bitten Euch und fordern Euch auf, den Ortsausschuß Mannheim des DGB zu veranlassen, daß sofort Maßnahmen getroffen werden, um die Empörung und den Protest der Werktätigen und besonders der Jugend in aller Oeffentlichkeit zu dokumentieren, um Kampfbeschlüsse zu fassen, die geeignet sind, den Schlag der Profitinteressenten gegen die schaffenden Menschen durch eine geschlossene, gemeinsame Front aller Betroffenen zu vereiteln.

Wie bisher sehen wir es als unsere wichtigste Aufgabe an, gemeinsam mit Euch für die Verbesserung der Lebenslage der Jugend einzutreten und versichern Euch, daß wir alle Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften nach besten Kräften unterstützen werden."

In einem weiteren Schreiben wandte sich die FDJ an alle Mannheimer Jugendorganisationen, um eine gemeinsame Aktion durchzuführen. Die FDJ schlug eine sofortige außerordentliche Sitzung des Mannheimer Jugendrates und die Abfassung eines gemeinsamen Protestschreibens an die Regierung der Bundesrepublik vor. Außerdem bat sie die Jugendorganisationen, auch allen ihren Einfluß zur Verhinderung der Teuerung aufzuwenden und alle Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften zu unterstützen. Besonders betont wird in dem Schreiben der FDJ, daß jetzt alles Trennende zurückstehen müsse, da es um die Sicherung des gemeinsamen Wohles der Jugend geht.

TERMINE DER FDJ

Kreisverband Mannheim

Oeffentliche Diskussionsabende

Schwetzingen: Dienstag, 18. Juli, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Innen- und Neckarstadt: Donnerstag, 20. Juli, 20 Uhr, Lokal „Stadt Heilbronn", Holzstraße.

Waldhof: Dienstag, 25. Juli, 20 Uhr, im FDJ-Büro, Speckweg 31.

Schönau: Dienstag, 25. Juli, 20 Uhr, im Siedlerheim.

Thema bei allen Diskussionen: Der Krieg in Korea.

Gruppenabende

Schönau: Dienstag, 18. Juli, 19.30 Uhr, Mitglieder-Vollversammlung zur Beratung des Friedensaufgebotes im Siedlerheim.

Waldhof. Dienstag, 18. Juli, 19.30 Uhr, Mitglieder-Vollversammlung zur Beratung des Friedensaufgebots im FDJ-Heim.

Achtung Jugendliche!

Erholung in der Deutschen Demokratischen Republik

Für Kinder von 12 bis 14 Jahren in der Zeit vom 17. bis 30. August.

Die Gesamtkosten dieses 14tägigen Urlaubs belaufen sich nur auf DM 16.-, einschließlich der Interzonenpaßgebühr.

Für jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter besteht ebenfalls die Möglichkeit, kostenlos einen 14tägigen Erholungsurlaub in der DDR zu verbringen.

Meldung bei FDJ Heidelberg, Bergstr. 41.

Die Bevölkerung ist stark beunruhigt . . .

Die Hamsterei hält an — Preissteigerungen bei vielen Lebensmitteln — Organisiert jetzt den Kampf um höhere Löhne — Helft der Friedensbewegung!

Die Erregung der Bevölkerung über die vergebliche Nachfrage nach Zucker und auch anderen wichtigen Nahrungsmitteln nimmt mit jedem Tag zu. In zahlreichen Briefen an die Redaktion kommt diese Erregung in sehr bitteren Worten zum Ausdruck. Zugleich werden wir immer wieder in Briefen darauf aufmerksam gemacht, daß für die verschiedensten Waren erhöhte Preise gefordert werden. Die Hamsterei hat nunmehr auch auf Textilwaren und Schuhe übergegriffen.

Trotz aller beruhigenden Erklärungen amtlicher Stellen wirkt die große Sorge über die Entwicklung in Asien, die wiederholten Drohungen mit der Atombombe, die Forderungen nach Anwendung der Atombombe so beunruhigend, daß die Menschen kaum von den unsinnigen Hamstereien zurückgehalten werden können. Diese Unruhe der Menschen müßte für die Friedensbewegung wirksam werden! Eine starke Unterstützung der Friedenskomitees und der Unterschriftensammlung für das Verbot der Atombombe, für die Solidaritätsbewegung mit dem koreanischen Volk, für die Unterstützung der Forderung: Hände weg von Korea! muß alle Bevölkerungsschichten erfassen. Das sind wirksame Schritte zum Kampf gegen die Kriegshetzer und für die Erhaltung des Friedens. Darum mahnen wir: Helft die Friedensbewegung stärken, nehmt am Friedenskampf teil!

Das Amt für öffentliche Ordnung

hat sich veranlaßt gesehen, darauf hinzuweisen, daß die zulässigen Preise nicht überschritten werden dürfen. Es sei festgestellt worden, daß bei den verschiedensten Lebensmitteln Preiserhöhungen eingetreten seien. Das Amt warnt und kündigt empfindliche Geldbußen und Einzug des Mehrerlöses gegenüber denjenigen an, die die gesetzlichen Höchstpreise überschreiten.

Die Verbände des Lebensmittel-Einzel- und Großhandels

veröffentlichten eine Erklärung zu dieser Frage. Sie sagten, der Lebensmittelhandel lehne ungerechtfertigte („ungerechtfertigt"! was heißt das? Die Red.) Preiserhöhungen entschieden ab. Wenn aber, so heißt es dann, die Preise für alle aus Getreide hergestellten Erzeugnisse als natürliche Folge der von der Bundesregierung verfügten Erhöhung des Getreidepreises um rund 20 Prozent entsprechend angestiegen seien, so sei der Lebensmittelhandel dafür nicht verantwortlich. Er könne die Preiserhöhungen in seinen Gewinnspannen nicht auffangen. Der Lebensmittelhandel werde die behördlich vorgeschriebenen Verbraucherpreise für Zucker nicht überschreiten. Er betrage für Melis-Kristallzucker (Grundsorte) lose je kg 1.14 DM, Sandzucker lose je kg 1.16 DM, Kristall-Raffinade je kg 1.18 DM und gemahlene Raffinade je kg 1.18 DM. Die vorübergehende Verknappung bei Zucker lasse jedoch befürchten, daß sich der Schwarzhandel einschalte und für Zucker Ueberpreise verlange.

Bei anderen Erzeugnissen, die von der Einfuhr abhängig seien, so sagen die Verbände, seien die Preise von den Schwankungen auf dem Weltmarkt abhängig. Wenn es Einzelerscheinungen von ungerechtfertigten Preiserhöhungen und Ueervorteilungen gäbe, möge man dies unter Nennung der Namen öffentlich anprangern.

Die KPD ruft zum Kampf gegen die Preistreiberei

Zur gleichen Zeit, wo Vertreter der Bäckerinnungen die Ansicht äußerten, daß es dem Bäckerhandwerk unmöglich sei, die Mehlpreiserhöhung von 16 bis 23 Prozent in den Handelsspannen aufzufangen, also eine Erhöhung aller Backwarenpreise eintreten müsse, hat die kommunistische Landtagsfraktion diese Frage im Landtag zur Diskussion gebracht. Obwohl die bürgerlichen Parteien versuchten, den kommunistischen Antrag durch eine Verweisung an den Ausschuß abzuwimmeln, hat der wüttembergisch-badische Landtag dem Antrag der KPD-Fraktion zugestimmt, durch den die Regierung ersucht wird:

a) die Preisbehörden des Landes anzuweisen, gegen alle Erhöhungen des Brotpreises oder Verringerung des Brotgewichtes einzuschreiten;

b) im Bundesrat dafür einzutreten, daß die Margarine-Ausgleichsabgabe rückgängig gemacht wird.

CDU und DVP stimmten gegen diesen Antrag. Der angenommene kommunistische Antrag wird aber nur dann einen Erfolg haben, wenn er

von den Massen der Bevölkerung aufgenommen

wird. Sie muß gegen jede Preiserhöhung Stellung nehmen und sie muß in allen Betrieben, in allen gewerkschaftlichen Organisationen die Forderung nach einer Erhöhung der Löhne und Gehälter erheben. Nur ein entschlossener Widerstand der Bevölkerung und nur die einheitlichen Forderungen auf Lohnerhöhung mit dem Willen, alle Möglichkeiten zur Durchsetzung der Forderungen einzusetzen, werden zu einer erfolgreichen Abwehr der neuen Belastungen führen. (VST)

„Alles für Euch"

Mannheim. Unter diesem Motto startet im Alster, kommenden Donnerstag, 20. Juli, ein Unterhaltungsprogramm sommerlich abgestimmter Heiterkeit, an dessen Spitze Barnabas v. Géczy und Maria v. Schmedes stehen. Der Abend, für dessen Veranstaltung die Konzertdirektion Hoffmeister, Mannheim, zeichnet, beginnt um 21 Uhr.

40jähriges Jubiläum des Kleingartenvereins Mannheim-Neckarstadt

Die Kleingärtner der Neckarstadt feierten am Samstag, Sonntag und Montag ihr 40jähriges Jubiläum. Auf dem 84er-Sportplatz drängten sich an allen drei Tagen die Massen, welche durch ihre Anwesenheit die Wichtigkeit unterstrichen, die die Bevölkerung der Kleingartenbewegung beimißt.

Das Jubiläum wurde am Samstagnachmittag mit einem würdigen Festakt eröffnet, dem in Vertretung des Oberbürgermeisters Beigeordneter Riedel, eine stattliche Anzahl von Stadträten, Gartenbaudirektor Bußjäger, Bezirksvorsitzender Knapp, sowie die Vorstände zahlreicher befreundeter Vereine beiwohnten.

Der Vorsitzende des Vereins, Wilhelm Kolb, schilderte die Geschichte dieser Organisation, welche die zahlreichen kleinen Gartenbesitzer, hauptsächlich Fabrikarbeiter, Angestellte und Pensionäre im Jahre 1910 im „Verein der Kleingartenpächter und der Sandgewann 1910" zusammenfaßte.

Im Jahre 1919 erhielt der Verein seinen heutigen Namen. Die Zahl der Mitglieder wuchs im Laufe der Jahre stürmisch an. Anläßlich der großen Rennwiesenausstellung im Jahre 1927 konnte der Verein den Stadtehrenpreis erringen. Wie alle demokratischen Institutionen wurde der Kleingärtnerverein durch die von den Nazis verfügte Gleichschaltung und durch den Krieg schwer geschädigt. Die Kleingärtner Mannheims sind stark über die Drohung von Geländebeschlagnahmungen beunruhigt und sie fordern dringend die Zuweisung von Dauergärten für die Arbeiterschaft.

Beigeordneter Riedel machte die Mitteilung, daß seine Vorlage über die Zur-Verfügungstellung von Dauergartenanlagen an zehn verschiedenen Stellen Mannheims positiv beantwortet wurde und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die übergeordneten Stellen seiner Vorlage zustimmen werden.

Im Anschluß an die Eröffnung feierten die zahlreichen Freunde in ungestörtem Beisammensein bei Tanz und Spiel dieses wichtige Jubiläum.

Tödlicher Verkehrsunfall durch Ami-Jeep

Heidelberg. (lwb) Am Samstag verstarb in der chirurgischen Klinik in Heidelberg eine Frau, die am Freitagabend von einem Jeep der amerikanischen Militärpolizei angefahren worden war. Als die Frau eine verkehrsreiche Straße in Heidelberg überqueren wollte, wurde sie von dem Jeep, der plötzlich rückwärts fuhr, angefahren und zu Boden geworfen.

20 Jahre Schauinslandbahn

Freiburg. (lwb) Die Seilschwebebahn auf den Schauinsland bei Freiburg ist am 17. Juli 1930 nach eineinhalbjähriger Bauzeit dem Verkehr übergeben worden. Sie hat bis jetzt mehr als drei Millionen Fahrgäste befördert.
Rauchvergiftung gestorben.

Omnibusverbindung
Bismarckplatz — Speyerershof

Heidelberg. Das städt. Presseamt gibt nachstehend die Abfahrtszeiten des Autobus nach dem Speyerershof und zurück bekannt:

Bismarckplatz — Speyerershof: Mittwochs 14 Uhr; Samstags 14.30, 18.30 Uhr; an Sonn- und Feiertagen 12.30, 14.30, 17.00, 19.15 Uhr.

Speyerershof — Bismarckplatz: Mittwochs 16.00 Uhr; Samstags 15.00, 19.00; an Sonn- und Feiertagen: 12.45, 14.30, 17.15, 19.30 Uhr

Leiter der ehemaligen Reichsdevisenstelle verhaftet

Stuttgart. (lwb) Der ehemalige Reichsbankdirektor Ernst Niemann ist am Freitag auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Stuttgart in Bad Wildungen verhaftet worden.

Niemann, der im „Dritten Reich" Leiter der Reichsdevisenstelle war, steht im Verdacht, von dem ausländischen Erben eines jüdischen Vermögens 500 000 RM und 50 000 Schweizer Franken erpreßt zu haben. Ferner soll er gegen einen Rechtsanwalt ohne Grund eine Sicherungsanordnung erlassen und dessen daraufhin eingereichte Beschwerde nicht weitergegeben haben.

Der Verhaftete ist noch am Freitag nach Stuttgart übergeführt worden.

Feierliche Bestattung der Opfer des Faschismus auf dem Heidelberger Bergfriedhof

Am Samstag, 22. Juli 1950, findet die endgültige Zurruhesetzung der vom Hitlerregime hingerichteten Widerstandskämpfer statt. In feierlicher Weise wird die Umbettung der im Kampf um die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes gemordeten Männer und Frauen vollzogen.

Die Bevölkerung der Städte Mannheim und Heidelberg wird durch ihre Anwesenheit die tiefe und herzliche Verbundenheit zu den tapferen Widerstandskämpfern bezeugen.

Schon 1946 haben die Stadtverwaltungen beider Städte durch Benennung von Straßen und Plätzen mit den Namen der ermordeten Widerstandskämpfer ihre Ehrfurcht dem Kampfgeist gezollt, der diese Männer und Frauen beseelte.

Die ganze Bevölkerung Mannheims und Heidelbergs, die Stadtverwaltungen, die politischen Parteien, die Gewerkschaften und die Religionsgemeinschaften, sowie alle um diese wahrhaften Märtyrer der Freiheit trauernden Menschen, sind aufgerufen, sich an der Feierstunde auf dem Bergfriedhof in Heidelberg zu beteiligen. Die Stunde der Beisetzung ist auf Samstagnachmittag um 15.00 Uhr festgesetzt worden.

Der Würde des Anlasses entsprechende musikalische Darbietungen umrahmen die Feier, auf der Vertreter von Behörden und Organisationen Ansprachen halten werden.

Sonderzug zur Bestattungsfeier

Wie uns die VVN, Kreisstelle Mannheim, mitteilt, wird am Samstagnachmittag um 13.5 Uhr ein Sonderzug der OEG die Teilnehmer an der Bestattungsfeier der hingerichteten Widerstandskämpfer nach Heidelberg bringen. Die Verwaltung der OEG hat für diese Fahrt verbilligte Preise zugesagt. Die Teilnehmer treffen sich um 13.50 Uhr am OEG-Bahnhof Friedrichsbrücke. Karten sind auf der Geschäftsstelle der VVN Mannheim, Luisenschule, Zimmer 19, zu erhalten.

Stolze Bilanz der 50jährigen Konsumgenossenschaft Mannheim

Festakt im Rosengarten. — Ansprachen Adam Remmeles und Jakob Ritters

Mannheim. Eine Feierstunde, aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Konsumgenossenschaft Mannheim vereinigte am Sonntagvormittag im Rosengarten die Mitglieder und Jubilare der Genossenschaft, Persönlichkeiten der Stadtverwaltung Mannheims, Ludwigshafens, Heidelbergs und Mainz. Zu dieser Zentralveranstaltung des 50jährigen Jubiläums, der ein großer bunter Abend, von künstlerischen Kräften bestritten, am Samstagabend vorausgegangen war, war als Festredner der ehemalige badische Innenminister und heutige Direktor der GEG in Hamburg, Adam Remmele, erschienen, der einen historischen Rückblick über die Entstehung und Weiterentwicklung des großen sozialen Werkes der Konsumgenossenschaften gab und in der Aufgabe der Konsumgenossenschaften eine Durchsetzung der Wirtschaftsordnung mit „ethischen Prinzipien" und die Mitbestimmung und Mitverantwortung in der Wirtschaft sah. Für die verhinderten Mannheimer Bürgermeister trat der Beigeordnete Jakob Ritter ans Rednerpult, welcher in seiner Ansprache die feste Verbundenheit der Stadtverwaltung mit den Konsumgenossenschaften zum Ausdruck brachte. Zehn Jubilare, alles Gründungsmitglieder, die vor 50 Jahren in Mannheim den genossenschaftlichen Gedanken in die Tat umsetzten, wurden von dem Vorsitzenden eingehend gewürdigt, vor allem Herr Jakob Trautwein, der langjährige Geschäftsführer des Mannheimer Konsumvereins, der sich durch seine opfervolle Tätigkeit besondere Verdienste um die Genossenschaft erworben hat. Nach seiner Ansprache überreichte der Beigeordnete Ritter namens der Stadtverwaltung Mannheim als „Geburtstagsgeschenk" einen schöngearbeiteten Teller aus der Staatlichen Majolika-Manufaktur Karlsruhe, die Vertreter der Stadtverwaltungen Heidelbergs, Ludwigshafens und Mainz ihrerseits Oelgemälde und graphische Blätter mit entsprechenden Widmungen.

Die Organisierung der Kaufkraft der breiten Massen durch genossenschaftlichen Zusammenschluß als Waffe im sozialen Kampf und die genossenschaftliche Eigenproduktion stellte Adam Remmele den kapitalistischen Monopolen gegenüber als lebensfähige Form und Synthese. Beigeordneter Ritter betonte die preisregulierende Macht der genossenschaftlichen Produktion und Konsumtion, wies auf den Trugschluß der Profitstreber der kapitalistisch organisierten Produktion hin, daß die Inflation in der Vergangenheit und der Hitlerfaschismus das große soziale Werk der Werktätigen vernichten würden und nahm zum Schluß seiner Ausführungen Bezug auf die gesunde Rechnungslegung des Mannheimer Konsumvereins. „Es ist eine stolze Bilanz", fuhr Beigeordneter Ritter fort, „die da gegeben wird und mit stolzer Zuversicht werden die Konsumgenossenschaften an dem großen sozialen Werk weiterarbeiten und weiterbauen, bis alle diejenigen, die heute noch abseits stehen, den großen sozialen Zweck der Interessengemeinschaft erkannt haben und sich ihr anschließen."

Aufbau und Entwicklung der Konsumgenossenschaften ist für uns ein untrennbarer Bestandteil unseres Kampfes um die Verbesserung der sozialen Bedingungen der Werktätigen im Kapitalismus. Daß aber der genossenschaftliche Zusammenschluß allein das kapitalistische Profitstreben überwinden kann, und der einzige Ausweg aus der kapitalistischen Anarchie sei, ist eine reformistische Illusion, die abwegig ist und uns des Kampfes um den Sozialismus nicht entheben kann.

Magenschmerzen unnötig?

Ja, in vielen, vielen Fällen leiden Menschen unnötig unter Magenschmerzen und Verdauungsstörungen! Oft kann ein einziges Gläschen Klosterfrau Melissengeist plötzlich auftretende, heftige Magenschmerzen verblüffend rasch beheben, oft hat er Menschen, die jahrelang litten, durch allmähliche Gesundung zu neuem Lebensmut verholfen. Der echte Klosterfrau Melissengeist in der blauen Packung mit den drei Nonnen sollte darum gerade jetzt in jedem Hause stets griffbereit sein. Beschaffen Sie ihn noch heute zu DM 1.45, DM 2.60 oder DM 4.80 in der nächsten Apotheke oder Drogerie.

Vertreter (innen)

von Großhandlung zum Direktverkauf an Privat für leichtverk. billig. Artikel bei sehr gutem Verdienst gesucht.

Schriftl. Bewerbung an Fa. **Helmut Huller,**
(16) Wiesbaden-Bierstadt

Deutscher Gewerkschaftsbund Ortsausschuß Mannheim

Achtung! Betriebsräte!

Am Donnerstag, dem 20. Juli 14 Uhr findet in der **»Wandelhalle des Rosengartens«** eine

Betriebsräte-Voll-Versammlung statt.

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu den beabsichtigten Preiserhöhungen.
2. Rückverlegung des Oberversicherungsamts nach Mannheim

Zutritt nur gegen vorzeigen des Betriebsrats-Ausweises 1950

Der Vorstand: Schweizer

Neue und wenig gespielte
Klaviere
Reparaturen und Stimmungen
Hohner-Akkordeons, Teilzahlg
Musikhaus Arnold, G 4, 13

Drucksachen
liefert rasch und preiswert
Rhein-Druck GmbH. Mannheim
S 3, 10

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Der Ofenmaschinist Afanasi Scharaban

Ein Bericht von M. Sorkin und W. Totschkin

Der Frühjahrswind trieb dunkle Wolken über Kramatorsk. Seit dem frühen Morgen regnete es bereits. Sein Gesicht mit einem breiten Fausthandschuh verdeckend, eilte der alte Ofenmaschinist Afanasi Emeljanowitsch Scharaban schnellen Schrittes auf dem nassen Feldweg seiner Arbeitsstätte zu. Er schaute auf seinen jungen Gefährten, seinen Schüler Leonid Kraftschinski und schimpfte über das Unwetter.

„Schau, wie es gießt. Etwas Regen könnten wir schon gebrauchen, aber nicht so viel . . ."

„Sie haben schon recht", lächelte der Junge, „aber den Regen können wir nicht so einplanen wie unsere Arbeit."

Afanasi Emeljanowitsch wurde nachdenklich und erwiderte: „Ich glaube, es wird noch die Zeit kommen, wo unsere Gelehrten ein Mittel finden werden. Dann wird es nur regnen, wenn die Menschen es haben wollen. Unsere fortschrittlichen Gelehrten werden alles erreichen, weil wir in einem freien Lande leben, das unseren Wissenschaftlern und Neuerern eine freie Entfaltungsmöglichkeit gibt."

Sie gingen schneller. Schon erreichten sie das Fabriktor. Afanasi Emeljanowitsch begab sich direkt zum drehbaren Ofen des Zementwerkes.

Beim Aggregat arbeitete eine Gruppe von Schlossern. Mit geübtem Auge stellte Scharaban fest, daß sie die letzten Muttern am Antrieb des rekonstruierten Ofens zuschraubten. Auch die Arbeit mit dem Umbau des Gebläseventilators ging dem Ende entgegen.

Scharaban begann sofort, den Mechanikern zu helfen — er reichte ihnen Einzelteile zu oder stützte die Bolzen mit dem Schlüssel. Bald schlug sein Herz stärker in Erwartung der Freude, bald preßte es sich zusammen, bedrückt von dem aufdringlichen Gedanken: Aber, wenn es nicht gelingt? Das ganze Kollektiv glaubte jedoch an die neue Sache.

Die Rekonstruierung des Antriebes zum Ofen Nr. 1 des Kramatorsker Werkes und seines Gebläse-Ventilators waren das Ergebnis des schöpferischen Wagemutes des ältesten Ofenmaschinisten Afanasi Emeljanowitsch Scharaban. Er erkannte als erster, daß man die stündliche Leistungsfähigkeit des Ofens steigern könnte. Afanasi Emeljanowitsch dachte lange nach und kam zu dem Entschluß, den Durchmesser der Antriebsscheibe zu verkleinern. Scharaban übermittelte seinen Vorschlag dem Sekretär der Parteiorganisation, Bakschejew. Dieser billigte den Vorschlag und erörterte ihn mit den Leitern des Werkes.

„Ich bin überzeugt davon, daß Scharaban seinen Verbesserungsvorschlag auch verwirklichen wird", erklärte Bakschejew dem damaligen Hauptingenieur des Werkes.

Und nun war der Augenblick der Prüfung des Ofens bei neuen, erhöhten Umdrehungen gekommen. Neben dem Aggregat hatten sich die arbeitsfreien Mitarbeiter — Anna Stejuschko, Leonid Subenko, Michail Sheltuchin — alles Schüler von Scharaban — versammelt.

Die Mechanismen arbeiteten einwandfrei. Nach der Rekonstruierung des Antriebes begann der Ofen mit einer Schnelligkeit von 1,1 Umdrehungen je Minute statt der früheren 0,9 Umdrehungen zu rotieren. Die Anzahl der Umdrehungen des Hochdruck-Ventilators stieg von 960 auf 1450 in der Minute. In der ersten Arbeitsstunde lieferte Afanasi Emeljanowitsch 7,25 Tonnen Klinker.

„Vor einigen Tagen konnte ich höchstens 6½ Tonnen erzielen", triumphierte der Ofenmaschinist. „Die Sache wird bei uns anlaufen!"

Ueber diesen betriebswirtschaftlichen Erfolg, der auf Anregung von Afanasi Emeljanowitsch Scharaban erzielt wurde, freuten sich alle Zementarbeiter, denn das Werk erhielt damit die Möglichkeit, die Zementproduktion zu steigern.

Das Nachhinken der Kohlenabteilung hinderte bisher die hochleistungsfähige Arbeit der Brenner. Manche Störungen wurden auch in der Rohstoffabteilung verursacht. Die Kommunisten des Werkes erzielten jedoch gemeinsam mit dem ganzen Kollektiv eine grundlegende Verbesserung der Arbeit der Kohlen- und Rohstoffabteilungen.

Die Kunde vom Arbeitssieg des Ofenmaschinisten Scharaban verbreitete sich schnell über das ganze Donbecken und kam bis nach Moskau. Man forderte ihn auf, in andere Werke zu gehen und dort über seine Erfolge zu sprechen. Afanasi Emeljanowitsch unterrichtete die Ofenmaschinisten unmittelbar an ihren Arbeitsplätzen und übernahm alles, was er dort an guten und fortschrittlichen Arbeitsmethoden sah.

Für die Arbeit des Stachanowarbeiters von Kramatorsk interessierten sich auch die Gelehrten. Im Jahre 1949 wurde der Bericht über das schnelle Brennen von Klinker im Gelehrtenrat des Instituts zu Charkow erörtert.

Die Partei, die Sowjetregierung und die Gelehrten halfen dem einfachen Arbeiter Scharaban, seine Erfahrungen in vielen Betrieben des Landes zu verbreiten. Eines Tages rief der Sekretär des Parteibüros, Wotjakow, Afanasi Emeljanowitsch zu sich ins Büro.

Der Sekretär hielt in den Händen ein großes Blatt Papier. Es war ein Telegramm des Ministers.

„Ich beglückwünsche Sie", so las er vor, „zur Verleihung des Stalinpreises und wünsche Ihnen weitere schöpferische Erfolge in der Arbeit bei der Vervollständigung der Schnellmethoden des Klinkerbrennens."

Scharaban war überglücklich. Er konnte es kaum fassen. Die Zementarbeiter versammelten sich zu einer Kundgebung, um den Ofenmaschinisten, den einfachen Arbeiter Afanasi Emeljanowitsch Scharaban, zu seiner hohen Auszeichnung als Stalinpreisträger zu beglückwünschen. Sie alle waren stolz, ihn in ihren Reihen zu haben und gelobten, ihm nachzueifern.

Wie die Pariser ihren Nationalfeiertag begehen

Papiergirlanden spannen sich in weitem Bogen über die Straße. Auf ein paar zusammengestellten Tischen hämmert und bläst ein Drei-Mann-Orchester. Durch die umstehende Menge drängt sich hier und da ein Pärchen zu der freien Mitte und tanzt. Wenn es ganz Junge sind, tanzen sie eine Imitation des Boogie-Woogie, und wenn sie älter und gesetzter sind, folgen sie nur gerade dem Rhythmus, in dem humpelnden Schritt der tanzenden Bären, den manchmal noch die Zigeuner in den Dörfern vorführen.

Kaum hört man die Musik. Der Lärm des Straßenverkehrs, die gröhlende Musik der Lautsprecher der Kirmeß auf dem nahen Boulevard, verschlucken die Hälfte der Töne. Man tanzt, mitten im Zentrum von Paris, wie in den Dörfern von ganz Frankreich. Man tanzt auf den Straßen, die mit Menschen überfüllt sind. Es ist der 14. Juli, das französische Nationalfest.

Am 14. Juli 1789 stürmte das Volk von Paris die Bastille. Karl VI. hatte sich 1370 diese Festung für seinen persönlichen Schutz bauen lassen. Es war eine bedrohliche Festung, mit tiefen Gräben und an der Basis zehn Meter dicke Mauern. Die Kanonen beherrschten und bedrohten ganz Paris und seine Bevölkerung. Die Bastille war ein direktes Sinnbild des Königtums, der absoluten Herrschaft. Sie wurde von Zwangsarbeitern gebaut und beherbergte die Gefangenen, die der König für gut befand, hinzuschicken (darunter auch Voltaire und Mirabeau).

Generationen von bürgerlichen Geschichtsschreibern haben sich die Köpfe darüber zerbrochen, wer die Leute gewesen sein könnten, die den Sturm auf die Bastille anzettelten. Ein vergebliches Tun. Es handelte sich nicht um eine Verschwörung von ein paar Leuten, es war das Volk selbst, die Masse des Volkes, die an diesem Morgen des 14. Juli über die Faubourg St. Antoine zu dem Bollwerk des Absolutismus strömte mit dem Schrei: Nieder mit der Bastille!

Ein großer Teil der 4880 Mann starken französischen Garde, der einzigen französischen Truppe der Stadt (alle anderen waren Söldner, Polen, Deutsche und Schweizer, auch die Bastille wurde von Schweizern verteidigt) ging zum Volk über. Um fünf Uhr nachmittags war die Festung genommen. Am nächsten Tag begann der Unternehmer Palloy mit der Zerstörung des Baues. Er machte ein Riesengeschäft, verkaufte die Steine als Andenken, baute mit dem ausgezeichneten Material ganze Straßenzüge und schenkte großzügig den Rest dem Staat. Die schönsten Steine liegen heute noch weiß glänzend vor dem Eingang zum französischen Parlament.

Ein Jahr später, am 14. Juli 1790, strömten aus allen Teilen Frankreichs die Delegierten nach Paris und proklamierten die Einheit der französischen Nation, der französischen Republik. Von der Bastille steht kein Stein mehr und das Volk tanzt auf dem Platz, den es einnahm und in den Straßen. Ungeheures war geschehen.

Zum ersten Male in der Geschichte hatte ein Volk bewußt seine Geschicke in seine eigenen Hände genommen, das „Subjekt war zum Bürger, das Königreich zur Nation" geworden. Es gab keine Sklaven und keine Hörigen mehr. Die Menschenrechte waren proklamiert, die demokratische Republik erklärt worden.

In den folgenden Jahren blieben die Worte „Demokratie und Republik" bestehen, aber sie wurden ihres wirklichen Inhalts beraubt. Die Versuche, die Errungenschaften wiederzuerobern, wurden blutig niedergeschlagen.

130 Jahre mußten vergehen, bis die russische Revolution und in der Folge der Kampf anderer Völker zur Schaffung wirklicher Volksrepubliken führte.

Vor 161 Jahren gab das französische Volk allen Völkern das Signal zum Sturz der Bastillen in der ganzen Welt, Restauration und Kaisertum, im Blut erstickte Revolutionen haben den revolutionären Geist des französischen Volkes nie zerstören können.

Erst die dritte Republik machte 1880 aus dem 14. Juli den Nationalfeiertag. Die Regierung begeht ihn am Vormittag mit einer Riesenparade von Tanks und Flugzeugen, Marine und Soldaten. Truppen aus Indochina und die Musik der Fremdenlegion sind die große Nummer. Auf den Bürgersteigen, längs der Champs Elysee, stehen die eleganten Herren. Die Mannequins der großen Modehäuser verpassen die Gelegenheit nicht, entsprechende Reklame zu machen. Auf den Tribünen sitzen die Gehröcke und Fracks mit den Zylindern. Wenige Stunden später versammeln sich Hunderttausende von Werktätigen auf der anderen Seite von Paris und strömen über den Weg, den ihre Vorfahren gingen, durch die Faubourg St. Antoine, hinunter zum Platz, auf dem einmal die Bastille stand. Sie rufen ihren Unwillen gegen die Kriegsrüstungen der Regierungen in die Welt und bekunden in einer mächtigen Demonstration ihren Willen für Frieden und Freiheit.

Am Abend und die Nacht hindurch tanzt man auf den Straßen. Die Lampions schwanken zwischen den Girlanden. Die Musiker schwitzen und die Paare gleiten zögernd über den rauhen Asphalt. Das Leben ist so schwer und es bedarf noch vieler und harter Kämpfe, bis sich das einmal ändert und auch die letzte Bastille gestürmt sein wird.

A. B.

Buch am Feierabend — Zeichnung von Lorle Weber-Beckel

Das Bücherbrett

Israel Epstein: „China. Von Sun Yat Sen zu Mao Tse Tung". Verlag Volk und Welt, Berlin. Preis des Pappbandes 8.80 DM.

Lion Feuchtwanger: „Odysseus und die Schweine". Aufbau-Verlag, Berlin, Pappband, 5.40 DM.

Emil Ginkel: „Fabrik ohne Aktionäre". Dietz-Verlag, Berlin.

A. Lazar: „Jan auf der Zille", eine Jugenderzählung aus dem Jahre 1934. Sachsen-Verlag, Dresden.

Anna Maria Jokl: „Die verzeichneten Tiere", ein Kinderbuch. Altberliner Verlag. Pappband, 3.50 DM.

Antoine de Saint Exupéry: „Der kleine Prinz", ein Buch für kleine und große Menschen. Karl Rauch-Verlag, Düsseldorf. Leinenband, 8.50 DM.

Heinz Wunderlich: „Junger Mann auf Abwegen". HERA-Verlag, Wilhelmshaven. Volksausgabe, 2.85 DM.

Die Stimme des Friedens

„Die Atomwaffen müssen geächtet werden, weil ihre Anwendung zielloses Morden und Leiden und nie wieder gutzumachendes Unrecht bedeutet. Durch die fortgesetzte Produktion von Atomwaffen wird die schöpferische Kraft der Wissenschaftler und Techniker zur Vorbereitung der völligen Vernichtung der Zivilisation mißbraucht, anstatt für ihren Aufbau und ihre Verbesserung benutzt zu werden.

Aber die Aechtung der Atombombe allein wird nicht den Frieden sichern, wenn sie nicht zu einer allgemeinen Abrüstung führt, und wenn nicht an die Stelle der Willkür der Kriegspolitik ein fester Beschluß der friedlichen Verständigung tritt, die die Rechte jedes Mitgliedes der großen Völkerfamilie und damit den Frieden sichert."

(Edmund Harvey, England, Schriftsteller u. Mitglied der „Society of Friends".)

Amerikanische Schauspielergruppe billigt Forderungen von Stockholm

In einem Pariser Theater gastiert zur Zeit eine amerikanische Theatergruppe mit dem Werk Thorton Wilder „Unsere kleine Stadt". Die Schauspieler billigten einmütig den Appell zur Aechtung der Atombombe.

Leipziger Thomanerchor zum Nationalpreis vorgeschlagen

Die Leipziger Stadtverordneten beschlossen einstimmig, den weltberühmten Thomanerchor sowie seinen Dirigenten, Prof. Dr. Günther Ramin, zum Nationalpreis vorzuschlagen. Kein würdigerer Zeitpunkt als das Bach-Jahr und die 200. Wiederkehr des Todestages des großen deutschen Tonschöpfers wäre geeignet, so heißt es in der Begründung, den ersten Förderer und Hüter Bachscher Tradition zu ehren. Wie kein anderer sei der Thomanerchor durch seine Darbietungen in Westdeutschland und im Ausland als Sendbote für den Frieden und die Einheit Deutschlands aufgetreten.

Bach-Feier unter dem Protektorat von W. Pieck

Die Deutsche Bach-Feier findet vom 23. bis 30. Juli in Leipzig unter der künstlerischen Gesamtleistung von Prof. Dr. Ramin statt. Das Ehrenprotektorat hat der Staatspräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, übernommen, im Ehrenpräsidium sind Volksbildungsminister Paul Wandel und Prof. Dr. Albert Schweitzer.

Im Rahmen der Bach-Feier hält die Neue Bach-Gesellschaft am 27. Juli in Leipzig ihre Hauptversammlung ab. Am 28. Juli, dem Todestag Johann Sebastian Bachs, wird an seiner Grabstätte eine Nationalfeier veranstaltet. Die Deutsche Musikwissenschaftliche Gesellschaft, Sitz Kiel, tritt während der Festwoche in Leipzig zu einer Internationalen Konferenz der Musikwissenschaft zusammen.

Kulturnotizen

Eine 350 Tonnen schwere Rotationsmaschine für 96 Seiten, die von der Plamag für die neuerrichtete Druckerei des ‚Hauses des Polnischen Wortes' konstruiert wurde, wird mit Unterstützung polnischen Mechanikerbrigaden von 23 deutschen Spezialisten montiert. Am 22. Juli soll die Maschine in Betrieb genommen werden.

Ueber 25 Millionen zahlender Besucher wurden in den ersten vier Monaten dieses Jahres bei DEFA-Filmen gezählt. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine außerordentliche Steigerung. Eine Westberliner Film-Fachzeitschrift konstuierte aus dieser Zahl eine Besucherzahl von 2,5 Millionen.

„Das siebte Kreuz", der bekannte Roman von Anna Seeghers, ist in Moskau in russischer Uebersetzung erschienen. Das Buch hat in der Sowjetunion durch seine meisterhafte realistische Darstellung der Wiederstandsbewegung großes Interesse gefunden.

Vierzig sowjetische Spielfilme werden jetzt synchronisiert, um neben vielen sowjetischen Dokumentar- und Kulturfilmen in China aufgeführt zu werden. Außerdem sollen 44 Spielfilme und 48 Dokumentar- und Kulturfilme in diesem Jahr in chinesischen Studios gedreht werden.

Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN

Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

63. Fortsetzung

„Das ist allerdings keine angenehme Sache", sagte Loß. „Was ist da zu machen, Rynteu? Was meinst du?"

„Ich weiß nicht", antwortete der Alte ausweichend. „Sicherlich weißt du selbst, was zu tun ist."

„Wir müssen Alitet auf der Spur bleiben", sagte Loß.

Zustimmend nickte der Alte mit dem Kopf.

„Du kannst nicht ohne einen Führer in die Berge fahren, Nikita Sergejewitsch", mischte sich Andrej ins Gespräch. „Du wirst dich unbedingt verirren."

„Ich kenne den Weg sehr gut. Charlie schickte mich früher dorthin nach Fellen. Ich werde euch führen", sagte Rynteu.

„Sehr gut! Fahren wir, Andrej, um Alitet endgültig die Flügel zu stutzen. Ich werde es ihm zeigen. Wieviel Tage brauchen wir, Rynteu?"

„Jetzt ist Miternachtssonne. In vier Tagen schaffen wir es."

„Ein schönes Ende. Aber fahren müssen wir. Gleichzeitig können wir sehen, wie die Menschen in den Bergen leben. Abgemacht!" sagte Loß. „Hänge das Schloß vor das Revolutionskomitee, Andrej!"

XXI

Hell schien die Maisonne. Es war schon ziemlich warm, obwohl ringsum noch feuchter, schwerer Schnee lag. Schwarz waren nur die Bergabhänge, auf denen sich der Schnee sogar im Winter nicht hielt, weil ihn der Wind fortwehte.

Loß stand da und sah auf die in der Ferne verschwimmenden Berge.

Was es wohl in diesen Bergen gibt? dachte er. Vielleicht Platin, Gold oder Eisen? Niemand weiß es! Dann sagte er zu Andrej und zeigte auf den Kompaß:

„Hast du gehört, Andrej, was der alte Rynteu sagte? Er meint, daß dieses Instrument in den Bergen nicht gehorcht. Es zeigt den Weg nicht richtig. Ich fragte ihn, ob das Meer in dieser Richtung sei. Er lachte und sagte: „Schau nicht auf das Maschinchen, sieh auf die Sonne, dann wirst du wissen, in welcher Richtung das Meer liegt!"

„Irgendetwas liegt in den Bergen, Nikita Sergejewitsch, und deshalb trügt der Kompaß. Wenn man sie doch mit einem Röntgenapparat durchleuchten könnte, um zu sehen, was sie in sich bergen!"

Die Hunde legten sich in den Schnee und dösten in der warmen Sonne. Man konnte nur nachts fahren, wenn die kalten Strahlen der niedrigen Sonne und der leichte Frost den Weg härteten. Rynteu ging Holz suchen, um das Wasser zu kochen.

Schwer mit den Flügeln schlagend, den Kopf zur Seite gewandt, flogen vereinzelte Polareulen vorbei, ein Zeichen dafür, daß es in der Nähe Füchse gab. Wenn Eulen da waren, so waren auch die Mäuse nicht weit, und hinter ihnen würden die Füchse gelaufen kommen.

Die Rentierherden verließen die Berge und näherten sich der Küste, wo der Wind und die Luftströmungen die Bremsen verjagen, die die Tiere im Sommer quälen. Im Sommer ist die Herde in den Bergen nicht zu halten, sie läuft auseinander. Die Tiere jagen herum und überfressen sich mit Mäusen. Und sogar das Rentier schüttelt beim Anblick der Polarmäuse den Kopf und läuft schnurstracks hinter ihnen her. Mit den Hufen erschlägt es die Maus und frißt sie sofort auf. Ganze Herden von Hasen hüpfen die Flußtäler entlang und nagen an den Rinden und Blättern des Weidengestrüpps. Auf den felsigen Abhängen klettern die Gemsböcke. Alles zieht umher, ist in Bewegung in dieser weiten Tundra. Und nur die Berge stehen unbeweglich da, als lauschten sie dem Leben.

An die Schlitten tritt der alte Rynteu heran. In beiden Händen trägt er Weidenruten. Er will mit diesem „Holz" das Wasser zum Kochen bringen. Loß lacht. Aber Rynteu schneidet ohne Hast die Ruten in kleine Stückchen, spaltet sie und entfaltet kunstvoll ein Feuer. Er überwacht es und gibt den Flämmchen kaum Nahrung. Ueberflüssiges wird Rynteu nicht dazulegen.

„Sieh mal die Erfindungsgabe!" verwunderte sich Loß. „Lerne, Andrej, es wird uns zugute kommen!"

„Nach dem Tee legen wir uns schlafen", sagte Rynteu. „Der Nebel nähert sich, bald ist er hier. Ich finde mich im Nebel nicht zurecht. Nur Alitet kann es. Er fährt im Nebel wie beim schönsten Sonnenschein. Das macht die Gewohnheit."

Nach dem dritten Reisetag zeigten sich die Umrisse von Nomadenzelten. Die Hunde waren nicht mehr zu halten. Sogar sie sehnten sich nach einem bewohnteren Ort. Als sie bei den Zelten anlangten, sagte Rynteu:

„Die Nomaden sind fort."

Keine Menschenseele war zu sehen. Leer und tot lag alles da. Und nur die säuberlich zusammengelegte Habe zeugte davon, daß hier noch vor kurzem Menschen wohnten.

„Was ist das? Ist das alles verlassen?" fragte Loß.

„Nein, zusammengelegt. Wenn sie im Winter zurückkommen, bringen sie alles wieder mit", erklärte Rynteu.

„Wo sind die Leute jetzt?"

„Die Nomaden sind fort. Erst vor kurzem", erklärte Rynteu. Aufmerksam besah er sich die Schlittenspuren und die Rentierwolle, die im Schnee verstreut lag.

„Sieh mal, Nikita Sergejewitsch, der Alte liest! Er wird uns gleich wie ein Wahrsager alles kundtun."

„Sie sind um die Mittagsstunde abgezogen", sagte der Alte bestimmt.

„Woraus schließt du das?"

„Die Rentierwolle konnte bei dieser Sonne noch nicht in den Schnee sinken. Hier sind mittägliche Hufspuren. Abends und morgens sind die Spuren anders. Alitets Spur ist auch dabei."

Rynteu nahm Andrej an der Hand und führte ihn zur Seite. Loß folgte ihnen.

„Sieh mal, das ist die Schlittenspur der Nomaden, diese aber ist von einem Küstenschlitten, von Alitets Narte!"

„Vielleicht ist das aber Jaraks Schlitten?"

„Nein", sagte der Alte fest. Als Jarak wegging, fuhr man noch nicht auf eisernen Kufen: Diese hat erst Alitet hinterlassen. Sieh mal, wie glatt sie ist."

Der Alte ging auf die Suche nach Jaraks Spur, und bald hörte man sein Rufen:

„Da ist sie. Ich hab' sie gefunden!"

Die Spur des unbeschlagenen Schlittens ist nicht so glänzend, und ihre Oberfläche ist etwas gewölbt und rauh.

„Wie einfach das alles ist!" rief Loß verwundert aus.

„Sind die Nomaden weit fortgezogen, Rynteu? fragte Andrej.

„Nein, nicht weit. In einem Tag können sie nicht weit kommen. Wir werden sie den Spuren nach bald einholen. Die Schlitten waren schwer belastet. Haltet nur die Hunde fest! Wenn sie die Rentiere sehen, werden sie wild. Dann nehmen bei ihnen die Kräfte zu. Nehmt auch meinen Bremsstock! Ich werde mit den Fersen bremsen."

Aufgeregt liefen die Hunde den Rentierspuren nach. Loß und Andrej jagten voraus, hinter ihnen der alte Rynteu. Plötzlich hielten die Hunde an, hoben die Schnauze, schnupperten aufgeregt und verfielen ohne jeglichen Befehl ins Springen. Auf den Hängen zeigten sich Rentiere. Eine riesige Herde. Die Hunde wurden wild.

„Ruhig! Ruhig! Ruhig!" schrie sich Loß heiser und hielt auf den Hang zu.

Zusammen mit Andrej zogen sie mit dem Bremsstock eine Furche in den Schnee, aber der Schlitten raste der Herde entgegen. Mit hängenden Zungen liefen die Hunde, und ihre Augen glänzten wild.

„Ruhig! Ruhig! Ruhig!" schrie der alte Rynteu. Wie würde er sich schämen, wenn er als Hundetreiber die Tiere nicht bändigen könnte und sie ein Rentier anfielen! Auslachen würden ihn die Nomaden!

Rynteu schwang ein Bein über den Schlitten, setzte sich rittlings, stemmte beide Füße in den Schnee und versuchte so, die Hunde in die Gewalt zu bekommen. Aber die Hacken rutschten im Schnee, und der Alte konnte das Gespann nicht zum Stehen bringen.

Ein Hirte sah den heransausenden Schlitten entgegen und lief plötzlich, heftig winkend, von der Seite auf sie zu. Im Lauf warf er sich auf den ersten Schlitten, packte mit der einen Hand Andrejs Hals, riß mit der anderen den Bremsstock aus dessen Hand, drückte in tief in den Schnee... und das Gefährt stand.

Rynteus Schlitten flog vorbei. Erfolglos bremste er mit den Füßen. Der Hundetreiber schämte sich sehr. In voller Fahrt sprang er vom Schlitten, warf ihn um und legte sich [illegible] die Kufen. Das Gespann stand. Die Hunde winselten.

„Aje! Wo kommst du denn her?" fragte Andrej verwundert.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

„Es gibt für uns Deutsche kein Recht und kein Gericht“

Protestversammlung der Besatzungsgeschädigten in Weinheim

Weinheim. Wie überall in der amerikanischen Besatzungszone haben am Samstag, dem 15. Juli 1950, auch die Besatzungsegschädigten von Weinheim eine Protestversammlung gegen ihre Entrechtung durch die amerikanische Besatzungsmacht abgehalten. Seit 5 Jahren werden 3,5 Millionen Besatzungsgeschädigte in den Westzonen wie Parias behandelt. So sind auch heute immer noch 55 Häuser in Weinheim beschlagnahmt.

Der Kreisvorsitzende der Interessengemeinschaft der Besatzungsgeschädigten stellte in seinen einleitenden Worten fest, daß sich im Bundestag einzig und allein die KPD für die Interessen der Besatzungsgeschädigten einsetzt. Der Referent des Abends, Herr Wacker aus Stuttgart, warf die Frage auf, ob wir für den kalten Krieg zahlen sollen. Es sei heute schon klar zu erkennen, daß aus dem Besatzungssystem ein amerikanisches Stützpunktsystem geworden sei. Nach 5jährigem Warten auf eine angemessene Entschädigung sei zu befürchten, daß die Betroffenen die Geduld verlieren würden.

Wie groß die Ungerechtigkeit wäre, ginge aus der Tatsache hervor, daß sich selbst in den Vereinigten Staaten Stimmen erheben, die feststellen, daß diese Art von Besatzungspolitik bei der westdeutschen Bevölkerung nie populär werden könne. Es sei ein Stück Selbstüberhebung, wenn die Amerikaner glaubten, die unsere Häuser belegten, daß wir sie darum auch noch lieben müßten. Zu solchen Schlußfolgerungen sei selbst der Sohn des Herausgebers der großkapitalistischen amerikanischen Zeitung „New York Times“ gekommen.

Die Einrichtung von Seifenkistenrennen macht noch lange keine Demokratie aus, sagte Herr Wacker.

Wenn man heute durchblicken läßt, „daß auf Grund der augenblicklichen weltpolitischen Lage“ evtl. noch mehr amerikanische Truppen nach Deutschland gezogen würden, so versetzen diese Gerüchte die deutsche Bevölkerung in größte Unruhe. Die Meinung der Besatzungsgeschädigten ist, daß Ministerpräsident Maier, der ja bekanntlich die Besatzungsmacht auf den Knien bitten wollte, damit sie hier bleibe, sich Gedanken darüber machen soll, wie die um ihr Hab und Gut Gebrachten zu einer gerechten Entschädigung kommen. Es sei eine Tatsache, daß auch die verantwortlichen deutschen Stellen für die Besatzungsgeschädigten nicht zu viel übrig hätten und es bedürfe der einheitlichen Aktion aller derjenigen, die unter der Besatzungsmacht leiden, um die zuständigen deutschen Stellen zu einem positiven Verhalten zu bewegen. Wie weit die unhaltbaren Zustände schon gediehen seien, zeige das Beispiel einer alten kranken Frau, welche sich aus ihrem beschlagnahmten Haus in Stuttgart einen Liegestuhl herausholen wollte, und hinter welcher die deutsche Polizei herschoß.

Es sei eine Schande, sagte der Redner, daß die AZ und die RNZ als „deutsche“ Zeitungen die erschütternden Zustände, die der Redner in seinem letzten Referat in Mannheim bekanntgab, bagatellisierte. In diesen Zeitungen würden die berechtigten Klagen der Besatzungsgeschädigten bewußt ins Lächerliche gezogen.

„Wenn die Amerikaner Wohnungen wollen, dann sollen sie sich welche bauen“, rief der Redner aus. „Wir verlangen jedenfalls unser Recht und setzen auch auf das Bauen der Amerikaner keine Hoffnung. Die 5 Jahre des Wartens haben unsere Geduld erschöpft und wir haben es ganz einfach satt . . .“

Zum Schluß seiner Ausführungen richtete der Referent noch einige treffende Worte an die zuständigen deutschen Stellen: „Zu diesem Staat sagen wir in jeder Form nein. Wir waren bisher nicht radikal, aber sind nicht sicher, ob wir es in Zukunft nicht sein werden.

In der anschließenden Diskussion stellte ein anwesender Besatzungsgeschädigter fest, daß wir Deutsche nichts anderes als ein Kolonialvolk sind. „Es gibt hier kein Recht für uns, kein Gericht, bei dem wir unsere Klage anhängig machen können“.

Das Elend der Besatzungsgeschädigten ist das Elend der ganzen Bevölkerung Westdeutschlands. Sie können ihre berechtigten Forderungen nur ausdrücken, wenn sie mit allen Schichten des deutschen Volkes für den Frieden kämpfen und den Abzug der Besatzungsmächte aus unserem Vaterland fordern.

UMSCHAU IM LANDE

Ist der 21jährige Wolfert ein Doppelmörder

Heidelberg. Der 21jährige Werner Wolfert, der am 18. Juni dieses Jahres in Heidelberg die 75jährige Geschäftsfrau Maria Maier in der Küche ihrer Wohnung ermordet hatte, gab dieser Tage der Heidelberger Kriminalpolizei an, er habe in einem Wald bei Frankenhain in der Nähe von Treysa einen 13jährigen Jungen erwürgt.

Wolfert, der am 22. Juni dieses Jahres in einem Gasthof in Treysa verhaftet worden war, berichtete der Heidelberger Polizei, er sei nach dem Mord an der Heidelberger Geschäftsfrau mit einem 13jährigen Jungen nach Treysa gefahren und von dort zu Fuß nach Frankenhain gegangen. In einem Waldstück bei Frankenhain habe er unter dem Vorwand, im Waldboden Geld versteckt zu haben, zusammen mit dem Jungen eine etwa dreißig Zentimeter tiefe Grube gegraben. Als die Grube tief genug gewesen sei, habe er seinen Begleiter aufgefordert, mit ihm einen Ringkampf auszutragen. Nachdem der Junge seiner Aufforderung nachgekommen sei, habe er ihn erwürgt und in die Grube geworfen.

Ueber fünfzig Polizeibeamte und Förster durchkämmten das Waldstück bei Frankenhain. Trotz eifrigen Suchens konnte die Leiche des Jungen, dessen Name entweder Vimmer oder Wimmer ist, bisher nicht gefunden werden.

Zahlreiche Brände durch Blitzschlag

Stuttgart. (lwb) In Württemberg-Baden entstanden in diesem Sommer zahlreiche Brände durch Blitzschlag. Wie die Pressestelle des Innenministeriums mitteilt, wurde die Feuerwehr im Monat Juni 1950 334mal alarmiert. Der gesamte von den Feuerwehren geschätzte Brandschaden beträgt rund 900 000 DM.

Bei den Bränden wurden vier Feuerwehrmänner und drei Zivilpersonen verletzt. Eine Zivilperson ist an den Folgen einer

Anklage gegen Gestapo-Kommissar Mauch

Stuttgart. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hat gegen den ehem. Kriminalkommissar bei der Geheimen Staatspolizei, Gottfried Mauch, wegen Mordes, fünf Verbrechen des Totschlags, 14 Verbrechen der Aussageerpressung und einer Reihe anderer Delikte Anklage erhoben.

In der Anklageschrift wird Mauch beschuldigt, im Jahre 1944 im Konzentrationslager Welzheim dem russischen Arzt Josef Aljberdowsky das Essen entzogen zu haben, um diesen zu einem Geständnis über seine Verbindung zu einer deutschen Widerstandsbewegung zu zwingen. Aljberdowsky war an den Folgen der Unterernährung im KZ gestorben.

Dem ehemaligen Gestapo-Kommissar wird ferner der Totschlag an fünf Russen zur Last gelegt, die am 27. März 1945 in einem Steinbruch in der Nähe des Konzentrationslagers Welzheim durch SS-Hilfswachtmeister erschossen worden waren.

Der Tankwart als Detektiv

Wertheim. (lwb) Einem Dieb, der in die Kasse einer Tankstelle in Wertheim a. M. gegriffen hatte, konnte der Tankwart selbst auf die Spur kommen. Als der Tankwart feststellte, daß in der Kasse 543 DM und Benzinmarken für 235 Liter fehlten, verdächtigte er einen Pkw-Fahrer, der kurz zuvor getankt hatte und geäußert hatte, er wolle zur Kiliani-Messe in Würzburg fahren. Kurz entschlossen fuhr der Tankwart nach Würzburg. Dort konnte er tatsächlich den Dieb stellen und ihn der Würzburger Polizei übergeben. Das gestohlene Geld und die Benzinmarken erhielt der Tankwart zurück.

Sensationeller Abschluß der Fußball-Weltmeisterschaft

Außenseiter Uruguay schlug Brasilien 2:1 — Schweden wurde Dritter

Bereits drei Stunden vor dem Endspiel der Fußball-Weltmeisterschaft in Rio de Janeiro zwischen Brasilien und Uruguay war das Municipal-Stadion der brasilianischen Hauptstadt mit 150 000 Zuschauern vollständig besetzt. Raketen und Knallfrösche dröhnten über das vollbesetzte Stadion, als Brasilien ganz in weiß und Uuruguay in blauweiß den Platz betraten. Die Brasilianer waren die gefährlichere Mannschaft, obwohl beide Vertretungen in der ersten Viertelstunde voll aus sich herausgingen und alles daran setzten, die Führung herauszuholen. In der 16. Min. bot sich Perez eine ganz große Chance, Uruguay in Führung zu bringen, doch er verpaßte das leere Tor, nachdem der brasilianische Schlußmann bereits geschlagen war. Urugua war zu diesem Zeitpunkt schneller am Ball als Brasilien, bei denen es im Angriff nicht recht klappen wollte, obwohl sie das bessere Spiel boten. Uruguay blieb weiterhin gefährlich, verpaßte aber große Chancen, während auf der anderen Seite Zezinho ebenfalls das leere Tor verpaßte. Perez (Uruguay) traf die Querlatte, wobei Barbosa den Schuß unmöglich gehalten hätte. So endete die erste Halbzeit torlos, wobei kein Zweifel darüber bestand, daß Brasilien mehr vom Spiel hatte.

Zwei Minuten nach dem Wechsel brachte Brasiliens Rechtsaußen Friaca seine Mannschaft in Führung, und die Begeisterung der über 150 000 Zuschauer kannte keine Grenzen. Uruguay ließ sich nicht erschüttern, verstärkte seine Anstrengungen und erzielte zumindest ausgeglichenes Spiel. Ihre Anstrengungen wurden belohnt, als in der 65. Min. Schiaffino den Ausgleich erzielte. Dieser Augleich brachte Uruguay erst recht in Schwung. Immer wieder war es Rechtsaußen Chiggia, der die Abwehr Brasiliens durcheinanderwirbelte. Dagegen klappte es in Brasiliens Angriff weiterhin nicht so gut wie in den vorhergehenden Spielen. Elf Minuten vor Schluß erhielt Chiggia den Ball an der Mittellinie, fegte die Linie herunter, umspielte Bigode und Juvenal und feuerte aus spitzem Winkel einen Scharfschuß erfolgreich aufs Tor, den Barbosa jedoch hätte halten müssen. Die Menge war ruhig wie bei einer Beerdigung und brach in Tränen aus (!!), denn damit waren Spiel und Weltmeisterschaft entschieden.

Schweden wurde Dritter

Den dritten Platz holte sich Schweden durch einen 3:1-(2:0)-Erfolg über Spanien in Sao Paolo. **Schlußtabelle:** Uruguay 5 Pkt., Brasilien 4 Pkt., Schweden 2 Pkt., Spanien 1 Pkt.

Uruguay — Schweden 3:2

Vor nur 15 000 Zuschauern lieferten die Schweden in der ersten Hälfte ein sehr gutes Spiel. Die 2:1-Pausen-Führung der Schweden ging auf Grund der besseren Leistung in Ordnung. Nach der Pause ließen die Nordländer stark nach und hatten schließlich den energischen Schlußangriffen der Südamerikaner nichts mehr entgegenzusetzen. Schwedens Linksaußen Palmer hatte in der 5. Min. die Führung erzielt, doch glich Uruguay in der 35. Min. durch Rechtsaußen Ghiolia aus. Wenige Minuten später stellte Sundquist auf 2:1. Es dauerte bis zur 75. Minute, ehe Perez den Ausgleich herstellte. Fünf Minuten vor Spielschluß schoß Vereta den Siegestreffer.

50 000 Nichtzahlende beim Weltmeisterschaftsspiel

5 682 436 Cruzeiros btrugen die Einnahmen des Endrundenspiels um die Fußballweltmeisterschaft zwischen Brasilien und Spanien am Donnerstag in Rio de Janeiro. 151 678 zahlende Zuschauer wurden gezählt, was den bestehenden Weltrekord vom Schottland-England-Spiel 1937 im Hampden Park Glasgow um über 2000 übertrifft. Mit den zahlreichen offiziellen, der Presse, der Polizei, den Sanitätern und den vielen tausend, die unentgeltlich den Eintritt erzwangen, wohnten annähernd 200 000 Zuschauer dem Spiel bei.

Süddeutsche Leichtathletik-Meisterschaften

Die letzten Ergebnisse:

800 m: 1. Ulzheimer, Eintracht Frankfurt 1:51,6 Min. 2. Zimmerlein, Kickers Würzburg 1:53,8 Min. 3. Laufer, Schwenningen 1:55,4 Min.

400 m: 1. Hupperts, Koblenz 48,0 Sek. 2. Audorf, Koblenz 48,6 Sek. 3. Steines, Rot-Weiß Koblenz 49,0 Sek.

Kugelstoßen: 1. Dr. Luh, VfB Gießen 14,72 Meter. 2. Hipp, TSG Balingen 14,13 Meter. 3. Theuerer, SpV Feuerbach 13,84 m.

3000 m Hindernislauf: 1. Dompert, Stuttgarter Kickers 9:29,0 Min. 2. Kaindl, 1860 München 9:47,2 Min. 3. Thumm, VfB Stuttgart 9:56,0 Min.

Weitsprung: 1. Luther, 1860 München, 7,20 Meter. 2. Vatter, 1. FCN 7,09 m. 3. Steger, Schwaben Augsburg 6,98 m.

100 m: 1. Wittekind, Frankfurt 11,0 Sek. 2. Wudtke, Stuttgart 11,0 Sek. 3. Kosina, Schwandorf, 11,1 Sek.

5000 m: 1. Eberlein, 1860 München, 14:48,2 Min. 2. Bolzhauser, Eßlinger TSV 15:05,8 Min. 3. Gude, Eßlinger TSV 15:22,2 Min.

4x100 m: 1. TSV München 1860 41,6 Sek. 2. Eintracht Frankfurt 41,7 Sek. 3. ASV Nordrach 42,8 Sek.

Speerwerfen: 1. Sick, Stuttgarter Kickers 65,08 m. 2. Reitknecht, VfB Stuttgart 60,55 Meter. 3. Schmidt, TSG Balingen 60,34 m.

110 m Hürden: 1. Theilmann, Eintracht Frankfurt 15,4 Sek. 2. Hidas Edmund, VfL München, 15,4 Sek. 3. Hidas Alois, 1860 München 15, 8 Sek.

3x1000 Meter-Staffel: 1. SpVgg Feuerbach 7:42,4 Min. 2. VfL Bad Nauheim 7:46,2 Min. 3. 1. FC Nürnberg 8:09,6 Min.

4x400 Meter-Staffel: 1. Rotweiß Koblenz 1. Mannschaft 3:18,0 Sek. 2. 1. FC Nürnberg 3:23,7 Sek. 3. Rotweiß Koblenz 2. Mannschaft 3:24,0 Sek.

Stabhochsprung: 1. Stührk, 1860 München 3,90 m. 2. Oertel, Rotweiß Koblenz 3,70 m. 3. Eding, 1860 München 3,50 m.

Marathonlauf, 42 km: 1. Bürklein, Eisenbahnsp. V. Stuttgart 2:32,53 Stdn. 2. Wiedemann, 1860 München 2:40,19 Stdn. 3. Wolfrum, 1860 München 2:48,19 Stdn.

Frauen:

Speerwerfen: 1. Müller, Rotweiß Koblenz, 46,69 m; 2. Maier, Kickers Stuttgart, 43,58; 3. Lehr, Eintracht Frankfurt, 40,54.

100 m: 1. Glöckner, Eintracht Frankfurt, 12,7 Sek.; 2. Seonbuchner, 1. FCN, 12,8; 3. Knab, SpCl Heidelberg, 12,9.

Hochsprung: 1. Eckelt, MTV München, 1,57 m; 2. Strüver, Jahn München, 1,55; 3. Schuberth, 1 FCN 1,50.

4 mal 100 m: 1. MTV München 49,6 Sek.; 2. 1. FC Nürnberg 49,8.

Buhtz unterzeichnete bei Mühlburg einen Vertrag

Der bisherige Offenbacher Innenstürmer Horst Buhtz hat beim VfB Mühlburg einen Vertrag unterzeichnet. Er wird in der kommenden Spielzeit den Angriff der Karlsruher verstärken. Weiterhin hat Mühlburg den Kuppenheimer Stürmer Schäfer unter Vertrag genommen.

Coppi lernt wieder gehen

Nach längerem Krankenlager unternahm Italiens Meisterfahrer Fausto Coppi zwei Tage vor dem Start der „Tour de France“ die ersten Gehversuche. Coppi will Ende August das Training wieder aufnehmen. In seinem ersten Tourbericht im „France Soir“ bedauert Coppi das Fehlen des Schweizers Koblet, der nach seiner Meinung damit die seltene Gelegenheit verpaßt hat, die drei großen Rundfahrten des Jahres, Giro d'Italia, Schweizer Rundfahrt und Tour de France, in einem Zuge zu gewinnen.

Deutsche Schwerathletik-Meisterschaften

Rasenkraftsport — Mannschaftskampf

1. Deutscher Meister: SpVgg Germania Karlsruhe, Schaber, Schmidt, Siedler, Wolf, 889 Punkte.

Gewichtwerfen — Senioren, Federgewicht: Fischer, Ulm.

Leichtgewicht — Senioren: 1. Balany, Hamborn, 16 m.

Mittelgewicht - Senioren: 1. Zehner, Heilbronn, 17,87 m.

Schwergewicht — Senioren: 1. Wolf, Karlsruhe, 21,96 m, 2. Storch, Fulda, 20,84 m, 3. Hagenburger, Oggersheim, mit 18,71 m.

Leichtgewicht, — Altersklasse I: 1.Zrenner, Weiden, 14,53 m, 2. Maaß, Friedrichsfeld, 13,35 m, 3. Helmling, Ladenburg, 12,93 Meter.

Mittelgewicht — Altersklasse I: 1. Meister: Schmitt, Hamborn, 15,97 m, 2. Hoos,

Schwergewicht — Altersklasse I: 1. Stärker, Fürth, 16,05 m, 2. Köhler, Ludwigshafen, 15,06 m, 3. Heinrich, Heidelberg, 15 m.

Leichtgewicht — Altersklasse II: 1. Bender, Mannheim, 15,17 m, 2. Schmidt, Karlsruhe, 12,94 m, 3. Altendorf, Ludwigshafen, 9,61 m.

Schwergewicht — Altersklasse II: 1. Gary, Marburg, 15,86 m, 3. Decker, Ludwigshafen, 14,12 m.

Steinstoßen. Senioren - Federgewicht: 1. Fischer, Ulm, 7,38 m, 2. Schaib, Ludwigshafen, 6,67 m, 3. Schabert, Karlsruhe, 6,59 m.

Senioren - Leichtgewicht: 1. Behr, Bayreuth 7,24 m, 3. Rosenfelder, St. Georgen, 6,92 m.

Senioren - Mittelgewicht: 1. Bentz, Wörishofen, 9,30 m.

Senioren - Schwergewicht: 1. Wolf Karlsruhe, 9,40 m, 3. Köhler, Ludwigshafen, 8,81 Meter.

Altersklasse I — Leichtgewicht: 1. Maaß, Friedrichsfeld, 6,65 m.

Altersklasse I — Mittelgewicht: 1. Hirsch, Konstanz, 8,09 m, 2. Treiter, Mutterstadt, 7,02 m.

Altersklasse I — Schwergewicht: 1. Hosfeld, Mundenheim, 7,77 m, 3. Köhler, Ludwigshafen, 7,59 m.

Altersklasse II — Leichtgewicht: 1. Schmitt, Karlsruhe, 6.26 m, 2. Impertro, Mundenheim, 6,19 m, 3. Altendorf, Ludwigshafen, 5,72 m.

Alois Schmidt deutscher Straßenmeister

Ueber ein Viertel der 209 Fahrer schieden aus

Die deutschen Straßenmeisterschaften der Amateure hatten 209 Fahrern, die am Start erschienen waren, eine einmalige Rekordbesetzung erhalten. Nach 193 km siegte der Ahrweiler Alois Schmidt mit Radlänge vor dem Hannoveraner Grupe und vor dem Stuttgarter Härtl in der Zeit von 5:25,32 Stunden.

Eine vierköpfige Spitzengruppe mit Grupe, Härtl, Sievert und Schmidt strebte auf den letzten 10 Kilometern dem Ziel zu. Als die vier Spitzenreiter zum Endspurt rüsteten, fiel der Berliner stark ab. Im Endspurt der dreiköpfigen Spitzengruppe setzte sich der Ahrweiler Schmidt 20 Meter von dem Ziel aus dritter Position startend an die Spitze des Feldes und ging mit einem Meter Vorsprung vor dem Hannoveraner Grupe und dem mit 10 Meter Abstand folgenden Stuttgarter Härtl als Sieger durchs Ziel.

Schmidt hat das Rennen nur mit einem Liter Milch und einem Liter Ahrweiler Rotwein bestritten. Sonstige Verpflegung hatte er nicht bei sich.

Ergebnisse: 1. Deutscher Straßenmeister der Amateure 1950 Alois Schmidt, Ahrweiler-Neuenahr 5:25,32 Stunden. 2. Wolfgang Grupe, Concordia Hannover, einen Meter zurück. 3. Hermann Härtl, Stuttgart-Bad Cannstatt, 10 Meter zurück. 4. Heinz Müller, Dortmund-Dorstfeld 5:26,16 Stunden. 5. Hans Vompel, Adler Köln, alle dichtauf. 6. Paul Jahodzinski, Fröndenberg-Ruhr. 7. Holzmann, Frankfurt. 8. Valentin Petry, Sturmvogel Wiesbaden.

Um den Davispokal

Australien — Kanada im Davispokal 5:0

Mit 5:0 besiegte Australiens Tennismannschaft die Vertretung von Kanada im Davispokal der nordamerikanischen Zone und qualifizierte sich damit für das Endspiel gegen Mexiko. Der Sieger dieser Begegnung trifft im Interzonenfinale auf den Europazonensieger, der noch zwischen Schweden und Dänemark zu ermitteln ist, nachdem Italien in Kopenhagen 1:4 unterlag.

Sportliches Allerlei

Sowjetsportler unterbietet olympischen Marathon-Rekord

Einen neuen sowjetischen Rekord im Marathonlauf stellte Vanin (Sowjetunion) am Sonntag in Moskau auf, in dem er die 42,195-Kilometerstrecke in der guten Zeit von 2:29:09,4 Std. zurücklegte. Die Zeit ist 9,8 Sekunden besser, als der bestehende olympische Rekord, den Kitei Son (Korea) 1936 in Berlin aufstellte.

Mannschaftsmeisterschaft über 100 km

Mannschaftsmeister der DDR über 100 Kilometer für Berufsfahrer wurden am Sonntag in Leipzig die Magdeburger Radfahrer Richter-Weckerling mit 2:27:3,3 Stdn. und 44 Punkten vor Bolte-Fleming (Chemnitz). Die Vorjahresmeister Zoll-Weighardt wurden nur vierte.

Internationale Sportnachrichten

Der englische Motorradrennfahrer Graham gewann auf AJS den Großen Preis von Albi (Frankreich), sowohl in der 350- als auch in der 500-ccm-Klasse mit neuen Rekordzeiten von 141,544 std/km bezw. 146,776 std/km.

Ungarn gewann den in Preßburg ausgetragenen Schwimmländerkampf gegen die Tschechoslowakei bei den Männern mit 86:44 und bei den Frauen mit 62:30 Pkt.

Am ersten Tage der Internationalen Tourist Trophy für Motorräder und Kleinrennwagen in Hedemora (Schweden) siegte im Wettbewerb der 350-ccm-Klasse Sörensen (Dänemark) auf Norton nach dramatischem Endspurt vor Sundquist (Schweden) in 1:26:41,7 Std.

Badische Jugendmeisterschaften im Schwimmen

Die nordbadischen Jugendlichen und Schüler ermittelten im Durlacher Schwimmbad bei günstigsten Witterungsverhältnissen die badischen Jugendschwimm-Meister. In einem Wasserballspiel besiegte Neptun Karlsruhe den VfVW Mannheim mit 8:4 Toren.

Männliche Jugend

200 m Kraul: 1. Koch, Neptun, Karlsruhe 2:46,1 Min.

200 m Brust: 1. Hillenbrand, BSC Pforzheim, 3:04 Min.

50-100-100-50-m-Staffel: 1. BSC Pforzheim 4:09,9 Min.

100 m Kraul: 1. Pfeiffer, Neptun, Karlsruhe, 1:08 Min.

100 m Brust: 1. Pfeiffer, Neptun Karlsruhe, 1:22 Min.

100 m Rücken: 1. Koch, Neptun Karlsruhe, 1:25,6 Min.

3x100 m Lagen: 1. Neptun Karlsruhe, 4:02,3 Min.

400 m Kraul: 1. Pfeiffer, Neptun Karlsruhe 5:45 Min.

50-100-100-100-50-m-Staffel: 1. Neptun Karlsruhe 3:32 Min.

Weibliche Jugend

100 m Brust: 1. Hartmann, VfVW Mannheim 1:37 Min.

200 m Brust: 1. Volk, BSC Pforzheim 3:40,6 Min.

50-100-100-50-m-Staffel: 1. VfVW Mannheim 4:58 Min.

100 m Rücken: 1. Franken, ASV Agon Karlsruhe 1:29,9 Min.

100 m Kraul: 1. Franken, ASV Agon Karlsruhe 1:16,8 Min.

50-100-100-50-m-Kraul: 1. Agon Karlsruhe, 4:25,1 Min.

Süddeutsche Wasserball-Meisterschaft

Nikar Heidelberg wurde Zweiter

In Heubach wurden über das Wochenende die süddeutschen Wasserballmeisterschaften ausgetragen. Vor 3000 begeisterten Zuschauern gab es dabei folgende Ergebnisse:

SV Ludwigsburg — SV München 99 2:7 (2:4).

Bayern 07 Nürnberg — Nikar Heidelberg 10:6 (5:3).

Bayern 07 Nürnberg — SV München 99 3:0 (1:0).

Sv Ludwigsburg — Nikar Heidelberg 3:6 (1:3).

SV München 99 — Nikar Heidelberg 1:4 (1:1).

Bayern 07 Nürnberg — SV Ludwigsburg 5:3 (3:3).

Damit sicherte sich Nürnberg zum dritten Mal mit 6:0 Punkten den Titel eines süddeutschen Wasserballmeisters. Zweiter wurde Nikar Heidelberg mit 4:2 Punkten.

Internationales Schwimmen in Weil

Rotweiß Lörrach wurde Sieger

Fast 5000 Zuschauer erlebten im neueröffneten Schwimmbad in Weil am Rhein beim Treffen der Schwimmstaffeln von Neptun Basel, SC Basel, SSC Freiburg und Rotweiß Lörrach spannende Kämpfe, die erst auf den letzten Metern der letzten Staffel zugunsten von Rotweiß Lörrach entschieden wurden. Lörrach erzielte insgesamt 14, Neptun Basel und SC Basel je 13 und der SSC Freiburg 4 Punkte.

Die Ergebnisse:

4x50 m Rücken: 1. Rotweiß Lörrach 2:38,2 Min.; 2. Neptun Basel 2:42,9.

6x50 m Brust: 1. Neptun Basel 3:54,0 Min.; 2. SC Basel 4:01,9.

6x50 m Kraul: 1. SC Basel 3:08,6 Min.; 2. Neptun Basel 3:10,5.

6x50 m Lagen: 1. Lörrach 3:36,0 Min.; 2. SC Basel 3:37,1.

Ex-Europameister Weiß (Freiburg) erhielt im Schauspringen verdienten Sonderbeifall. In Rahmenkämpfen des Nachwuchses des Bezirks Oberrhein gab es folgende Sieger:

50 m Kraul: Schöner, Lörrach ,36,2 Sek.

50 m Brust: Schneider, Lörrach, 43,6 Sek.

50 m Kraul, Frauen: Füßli, Freiburg, 48,4.

50 m Brust, Frauen: Wirkes, Freiburg, 48,4 Sekunden.

3x50 m Brust: 1. SC Weil 2:09,1 Min.; 2. Lörrach 2:11,2 Min.

Bei den im Rahmen der internationalen Schwimmwettkämpfe in Weil ausgetragenen Wasserballspielen behielt der SC Basel mit 6:1 über den SSC Freiburg und Neptun Basel mit 3:2 über Rotweiß Lörrach die Oberhand.

Neues aus Südbaden

Internationale Verpflichtungen ging der VfL Konstanz für die nächsten Wochen ein. Die Wasserballsieben des VfL trifft am 4. August in Kreuzlingen auf den ZC Naarden (Holland), und die Schwimmabteilung folgt am 5. August einer Einladung des SC Lugano.

Wertvolle Stürmerzugänge verzeichnet der Freiburger FC durch Lehmann (1. FC Köln), Mokros (Schwaben Augsburg) und Schmitz (Karlsruher FV).

Mainzer Regatta

Weitere Ergebnisse vom 2. Tag:

1. Senior-Vierer: 1. Flörsheim-Rüsselsheim 6:37,0 Min.; 2. RG Mannheim 6:42,0.

2. Senior-Vierer o. St.: 1. Köln 77 6:31,1; 2. Ludwigshafen 6:38,2.

Jugend-Leichtgew.-Gigvierer: 1. Mainzer Ruderverein 3:22,0; 2. Mannheimer RC 3:23,0.

Senior-Vierer: 1. Flörsheim-Rüsselsheim 1:06,3; 2. RV Mainz 1:10,0.

3. Senior-Achter: 1. Mannheimer RC 6:23,4; 2. Mannheim Baden 6:28,3.

1. Senior-Achter: 1. Flörsheim-Rüsselsheim 6:07,4; 2. Köln 77 6:12,4; 3. „Saar“ Saarbrücken 6:14,1.

Mit 4450:4305 Pfund siegte der SV Fellbach in der deutschen Mannschaftsmeisterschaft im Gewichtheben gegen 1860 München und qualifizierte sich damit für den Endkampf.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg